

rundschreiben
01/22



medico international

Ent- sicherheit

Im Bann des Kriegs: Widerstand formulieren
Aufbruch in Chile: Revolution der Maulwürfe
Koblenz: Historisches Urteil zu Folter in Syrien

Titelbild: Das „Europäische Haus“, von dem Gorbatschow einst in der Hoffnung auf Annäherung und gegenseitiges Vertrauen sprach, steht in Flammen.

Foto: REUTERS/ Marko Djurica

Fotos der Autor:innen:

Martina Führer, medico, privat, UAM

Impressum

Herausgeber:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),

Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,

Mario Neumann, Christian Sälzer

Korrektorat: Silke Weidner

Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 01/22

4 Editorial

- 6 **Sich nicht uniformieren lassen**
Die Weltunordnung bleibt unberechenbar

IM BANN DES KRIEGES

- 10 **Aus dem Krieg desertieren**
Geopolitische Einordnungen
- 16 **Die Hoffnung liegt in der Erschöpfung**
Wider die patriarchale Kriegslogik
- 18 **Selektive Solidarität**
Über doppelte Standards bei Entrüstung und Hilfe
- 22 **Willkommenskulturen**
Hilfe für [und Abwehr von] Flüchtlingen in Polen
- 26 **Projekte Projektionen**
Afghanistan, Haiti, Somalia

WIDERSPRÜCHLICHES AUS LATEINAMERIKA

- 28 **Revolution der Maulwürfe**
Chiles Aufbruch zur Überwindung des Neoliberalismus
- 40 **Solidarität muss kritisch bleiben**
Lehren aus der Entwicklung Nicaraguas zur Diktatur
- 43 **Für Dora Maria Téllez**
Der Freiheitskämpferin wurde der Prozess gemacht
- 44 **Suchbewegungen**
Westafrika zwischen Putschen und Aufbrüchen
- 48 **Historisches Urteil**
Gericht in Koblenz urteilt über Folter in Syrien
- 52 **Kampf ums Atmen**
Kolonialismus, Polizeigewalt, Pandemie und Klimakrise
- 55 **Die Erschütterungen erkundet**
Rückblick auf die Ringvorlesung „Turbulente Psyche[n]“

PANDEMIE OHNE ENDE

- 56 **Lehren aus der Corona-Politik**
Von Panikreaktionen und dereguliertem Gesundheitswesen
- 60 **Zu spät, zu wenig**
Aussetzung der Patente: Ein fauler Kompromiss droht
- 62 **medico aktiv**
Antikriegs-Demo, Rojava-Tagung, Armut & Gesundheit
- 64 **Bestellen & Verbreiten**
- 66 **Spenden & Stiften**

Wie die Gewalt stoppen? Die allseitige Entsicherung zwingt uns alle in schwierige Debatten

Liebe Leser und Leserinnen,

auf einem Platz in Nischni Nowgorod, der fünftgrößten Stadt Russlands, hält eine Frau ein unbeschriebenes weißes Plakat hoch und wird daraufhin abgeführt. Eine Aktion mit Mut und Methode. Denn das Blatt ist nichts und doch vieles: Weiß steht für Frieden, die weiße Flagge für die Aufforderung, das Schießen einzustellen. Keine Worte sagen „Ohne Worte“ und ein leeres Blatt verweist auf das, was noch zu sagen sein wird. Es ist ein Exempel. Denn wenn im putinistischen Russland nicht nur Widerworte oder falsche Worte, sondern selbst keine Worte ein Vergehen sind, ist das Recht auf Meinung an sein absolutes Ende gebracht.

Im Rundschreiben versuchen wir immer wieder, von den Enden der Welt her über globale Verhältnisse zu sprechen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich ein neues Ende aufgetan. Wie die Gewalt, roh und hochtechnisiert zugleich, stoppen? Wie ein derartiges Verbrechen sanktionieren? Wie Frieden schaffen? Die allseitige Entsicherung zwingt uns alle in schwierige Debatten. Doch über das Gebot akuter Hilfe für wirklich alle Opfer und Dissident:innen des Krieges hinaus – siehe die Reportage von Kerem Schamberger ab Seite 22 – bleiben einfache Antworten und extreme Kurswechsel verdächtig. So bemerkt die Philosophin Eva von Redecker (ab S. 16), wie sich Erleichterung einstelle, weil „unsichtbare Feindinnen wie Pandemie, Erderwärmung und finanzialisierte Wertschöpfung“ plötzlich durch „einen mit dem Gesicht eines Bösewichts ausgestatteten Feind“ abgelöst worden sind. Das entlaste jedoch nicht von dem Bemühen um komplexere Analysen. Eine geopolitische Einord-

nung wagt der Politologe Sandro Mezzadra. Und der Autor Yassin al-Haj Saleh holt das in dem Erschrecken über den Krieg schamhaft Verdrängte hervor: dass Europas Offenheit rigoros unterscheidet zwischen (noch) willkommenen und schon lange nicht mehr willkommenen Flüchtlingen; und dass die russische Armee das, was sie heute in Mariupol anrichtet, gestern in Aleppo und vielerorts in Syrien angerichtet hat – dort gänzlich unsanktioniert. Man kann es als moralisches Versagen betrachten, wenn Kriege wie in Syrien, im Jemen oder in Nordäthiopien für europäische Solidarität zu weit weg zu sein scheinen. Viel mehr aber ist es Ausdruck einer politischen Unfähigkeit, die Welt als (miteinander verbundene) Welt zu begreifen. Im 21. Jahrhundert ist dieses Unvermögen fatal.



Christian Sälzer arbeitet seit zehn Jahren für medico und ist fast so lange auch Redakteur des medico-rundschreibens.

Es passt in diese so wirren wie irren Zeiten, dass das zweite große Thema dieser Ausgabe vom entgegengesetzten Ende der politischen Gemütslage berichtet: Es geht um Chile. Am 11. März nahm mit der Vereidigung des Kabinetts um Gabriel Boric das aktuell wohl progressivste Regierungsprojekt des Planeten die Arbeit auf. Gleichzeitig wird dort an einer radikal neuen, auch feministisch und ökologisch geprägten Verfassung geschrieben. Ausgerechnet im Musterland des Neoliberalismus hat sich eine Gesellschaft aufgemacht, diesen an ein Ende zu bringen. Die Hoffnungen sind groß – und damit auch die Fallhöhen. Eher zufällig, aber doch passend folgt auf die Reportage von Katja Maurer und Mario Neumann aus Chile ein Interview mit dem lange für medico in Nicaragua tätigen Kollegen Dieter Müller über die Entwicklung des Landes vom revolutionären Leuchtturm zur verknöcherten Diktatur. Ebenso passend ist aber auch sein Hinweis: „Die Hauptkritik müssen wir als internationale Linke an uns selber richten. Angesichts unserer eigenen Unfähigkeit, bei uns im Globalen Norden etwas zu verändern, haben wir vieles auf andere Länder projiziert.“

Von den Enden der Welt zu erzählen heißt, zu wissen, dass an einem Ende selten alles endet. Das lehrt auch die medico-Erfahrung: Geschichte geht weiter, meist schlecht, aber eben nicht immer. Also machen wir weiter. Auch dieses Rundschreiben im Bann des Krieges versteht sich als Beitrag, den Raum für kritisches Nachdenken und antimilitaristische Perspektiven offen zu halten. Um die losen Enden noch einmal zu verbinden: Ermutigt von der Frau in Nischni Nowgorod haben andere Menschen in Russland ihrerseits mit weißen Plakaten ein Ende der Meinung bestritten. Und eine zentrale Parole am 8. März in Santiago de Chile lautete: „Niemand für den Krieg, alle für das Leben.“

Herzlichst Ihr

Christian Sälzer

Sich
nicht
unifor-
mieren
lassen



Die Weltunordnung bleibt unberechenbar. Wie in der Paradoxie leben? Eine Annä- herung

Von Katja Maurer

1. Die Ukraine

Als 1995 im Rowohlt-Verlag das Buch des sowjetisch-jüdischen Schriftstellers Friedrich Gorenstein „Reisegefährten“ erschien, erweckte der Roman nicht viel Aufmerksamkeit. Dabei nahm das Buch die Idee der multidirektionalen Erinnerung vorweg. Die Idee also, dass historische Tragödien und Menschheitsverbrechen nicht nur vergleichbar sind, sondern sich womöglich in einer Unerträglichkeit und Parallelität ereignen, die in ihrer Unerträglichkeit das emotionale Verarbeitungsvermögen der Einzelnen übersteigen. Man hätte auch damals schon sehr viel über die historische Erfahrung des Sowjetmenschen und des ukrainischen insbesondere lernen können. Wir wären so viel besser auf die heutige Situation, den Angriffskrieg des russischen Regimes auf die Ukraine und den bewegenden Widerstand der Menschen, die nun durch den Krieg endgültig zur ukrainischen Republik zusammengefunden haben, vorbereitet gewesen. Gorenstein gehörte zur Generation der sowjetisch geprägten jüdischen Intelligenzija, der noch vor 1990 den postsowjetischen Raum verließ, weil er schon zu viel erlebt hatte, was ein Mensch nicht aushalten kann: Deportation und früher gewaltsamer Tod des Vaters, Schreibverbote und Zensur. Antisemitismus und Stalinismus waren die Lebensthemen des Schriftstellers. In seinem Berliner Exil verfasste er die „Reisegefährten“, einen Roman zweier Menschen, die sich während einer Bahnfahrt

durch die ukrainische Landschaft aus langen Ebenen und Birkenwäldern entlang der eigenen Biografie die Geschichte der Judenvernichtung durch die Deutschen und den von Stalin erzwungenen Hungertod von Millionen Ukrainer:innen erzählen. In der Einsamkeit der Reisenden, in der Abgeschlossenheit eines Abteils, im nicht endenden Rhythmus der Eisenbahn.

Die meisten Ukrainer:innen, egal welcher sprachlichen Herkunft, pochen heute darauf, dass die uneingelösten Versprechen der Geschichte nun zum Tragen kommen müssen. Nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl retteten Hunderttausende „Liquidatoren“ Europa vor einer noch viel größeren Nuklearkatastrophe. Die ersten Hundert kamen aus Kiew und warfen mit bloßen Händen Sand in das brennende Atomkraftwerk. Seriöse Schätzungen gehen von bis zu 50.000 toten Männern aus, die die AKW-Katastrophe zu bändigen suchten, ganz abgesehen von einer dezimierten Generation damals junger Menschen in der Nähe des AKWs und vieler weiterer ziviler Opfer. Drei große Aufstände gab es seit 1990 in der Ukraine, die eine Demokratisierung und Entoligarchisierung ihrer Institutionen zum Ziel hatten. Sie konnten Regierungen ab-, aber keine Transformation durchsetzen. Die Ukraine ist das Armenhaus Europas. Das zeigt sich im Zugriff auf ukrainische Arbeitskräfte, die auf dem zweiten illegalen Arbeitsmarkt am heftigsten ausgebeutet werden. Der ukrainische Soziologe Wolodymir

Ischtschenko spricht von der Ukraine als „nördlichstes Land des Globalen Südens“. Dass die Ukrainer:innen sich nicht ergeben und einem „Torpedokäfer“ gleich gegen den reinen Pragmatismus des Möglichen anrennen, erklärt sich aus der Geschichte.

2. Unser Entsetzen

Das Erschrecken darüber, dass sich kaum jemand diesen Putin-Angriff trotz der präzisen US-amerikanischen Vorhersagen vorstellen konnte, hat hierzulande eine eitle Debatte um die Frage, wer das schon immer wusste, ausgelöst. Dramatischer ist, dass diese Unberechenbarkeit zwar in der Welt, aber nicht in unseren Gedanken war. Jetzt aber greifen tiefe Ängste und Unsicherheiten darüber um sich, was noch an bisher nicht Vorstellbarem kommen mag. Die putinsche Kriegsführung hat das genau bedacht und deshalb offen mit dem Atomschlag gedroht. Während sich Menschen in Polen, den baltischen Staaten und den anderen Ländern, die nicht freiwillig zum sowjetischen Hinterhof gehörten, im Alptraum der Wiederauferstehung einer postsowjetischen Vorherrschaft und Diktatur wiederfinden, erleben die westeuropäischen Bevölkerungen den Kalten Krieg mit seiner steten atomaren Bedrohung noch einmal.

Wer zu Hause Eltern sitzen hat, die noch den Zweiten Weltkrieg erlebten, und dann die Nachricht bekommt, dass der KZ-Überlebende Boris Romantschenko bei einem russischen Bombenangriff auf Charkiw ums Leben gekommen ist, für den ist die Welt so wenig in geopolitischer Ordnung wie die eigenen Gefühle. Wenn wir bei der Covid-Pandemie die Hoffnung haben, dass sie irgendwann ausgestanden sein wird, so hat der Krieg gegen die Ukraine jede Idee von einer Rückkehr zu unserem alten Leben zunichtegemacht. Dass es ein behagliches Leben auf Kosten anderer Weltteile war, wussten wir. Nun haben der Krieg vor unserer Haustür und

die Millionen Flüchtlinge, die wahrscheinlich so schnell keine Aussicht auf Rückkehr haben, endgültig mit der Illusion des Weiter-so Schluss gemacht.

3. Der Krieg ist schon lange in der Welt

Es kann dabei nicht trösten, dass die Unberechenbarkeit längst in anderen Teilen der Welt alltägliche Erfahrung ist. Der Krieg ist schon lange in einer Welt, die sich als das Ende der Geschichte begreift, auch in Europa. Der erste europäische Krieg nach 1990, der die Idee von einer friedlichen Transformation des Ost-West-Konflikts bereits Lügen strafte, kann uns Lehren für die heutige Situation aufzeigen. Der Journalist Norbert Mappes-Niediek machte kürzlich in einem Beitrag im Angesicht des ukrainischen Krieges auf die damaligen Debatten um eine Flugverbotszone aufmerksam. Sie wurde damals wie heute gefordert und letztlich in Bosnien auch eingerichtet. Damals, so Mappes-Niediek, spielten Luftangriffe militärisch keine große Rolle. Die Flugverbotszone bewirkte vielmehr den Einstieg in eine Militärintervention. Insofern ist die Debatte, der wir heute in den Medien mit einem hohen moralischen Ton ausgesetzt sind, viel folgenreicher, als sie mit ihren humanitären Argumenten erscheint. Mappes-Niediek schlussfolgert aus seiner Betrachtung der jugoslawischen Erfahrung: Wer die Weltkatastrophe verhindern wolle, müsse manchmal auch den Mut haben, zu Forderungen der angegriffenen Partei Nein zu sagen.

4. Die Sanktionen

Jenseits eines Einstiegs in den Krieg mit seinen unabwägbaren Folgen gibt es andere Mittel, diesen gewalttätigen Überfall des russischen Regimes zu sanktionieren. Die Wahl dieser Mittel

aber sollte sich der Gut-Böse-Dichotomie enthalten. Alle tragen, so scheint es, bereits eine Uniform: Die des Freiheitskämpfers, des Stalinisten oder des liberalen Demokraten. Die Weltunordnung findet aber gerade nicht im Kampf der Systeme statt. Sie ist ein Ergebnis vom Ende der Politik, von der Herrschaft der Ökonomie – und das alles im Zeichen der Klimakatastrophe. Schon vor Jahren haben wir in einem Rundschreiben geschrieben: Der Desasterkapitalismus kommt nach Hause zurück. Jetzt ist er wirklich zurück. Sowohl in seiner autoritären als auch in seiner liberalen Ausformung ist er Teil des Problems und nicht der Lösung. „Die Konfrontation zwischen ‚Demokratien‘ und ‚Autokratien‘ wird überzeichnet und dabei vergessen, dass die westlichen Länder mit Russland und China nicht nur eine ungezügelter hyperkapitalistische Ideologie teilen, sondern auch ein rechtliches, steuerliches und politisches System, das große Vermögen immer mehr begünstigt“, schreibt der französische Ökonom Thomas Piketty. Er fordert Sanktionen, die gegen die Oligarchen zielen und nicht gegen die russische Bevölkerung. Den Gedanken der Tobin-Steuer wieder aufzugreifen und auszuweiten wäre eine gute Idee, um in diesem Krieg die Weltunordnung anzugreifen. Putin bekundete 1993 bereits seine Sympathie für das Pinochet-Modell in Chile. Diese Sympathie für eine diktatorische Idee ist älter als die eurasische Ideologie, die eine geistig arme Herrschaft verdeckt, die ein Z an die Tür malt und alle frei Denkenden zwingt, das Land zu verlassen. Der Feldzug gegen die Ukraine ist vor allen Dingen ein Mittel, diese Herrschaftsform zu sichern. Vielleicht ist das der eigentliche Zweck des Krieges.

5. Solidarische Hilfe oder: weitermachen

Es gibt eine überwältigende Solidarität mit den Ukrainer:innen und den aus der Ukraine

Flüchtenden. Die Solidarität und Hilfsbereitschaft sind ein Anfang. Sie begründen wie schon 2015 eine Willkommenskultur gegen die Angst vor dem Anderen und für eine Gesellschaft mit vielen Herkünften. Es liegt darin die Chance, eine solidarische Assoziation jenseits des Nationalstaates mit seinen Ausschlüssen und Abgrenzungen zu schaffen. Wenn sich das europäische Haus nun von unten aufbaut, in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Narrativen, dem gegenseitigen Nichtverstehen und doch Beisammenstehen, dann öffnet sich eine neue Tür.

Viele Fragen sind unbeantwortet: Wie setzen wir die Dekolonisierung Europas fort und begreifen die ost- und ostmitteleuropäische Erfahrung als Teil dieses Prozesses? Wie gelingt es, den Multilateralismus neu zu fassen und die globalen Institutionen jenseits des Nationalstaates zu wirkmächtigen weltdemokratischen Aushandlungsorten zu machen? Wie verankert sich das Recht auf Rechte, das jedem und jeder zusteht – auch den Flüchtlingen –, in Gesetzen, die noch der Nationalstaat macht, die aber bereits über ihn hinausweisen? Diese Fragen sind keine Antwort auf den Krieg. Wenn aber die Weltunordnung offenkundig gekennzeichnet ist von größter Unberechenbarkeit, dann lässt sich nur da weitermachen, wo Menschen am universellen und für alle gleichen Recht arbeiten, das Gemeinwohl neu erfinden und sich nicht uniformieren lassen.



Katja Maurer spricht fließend Russisch, hat die Ukraine nach dem Aufstand 2014 besucht und darüber veröffentlicht.

Im Bann de

Texte von Sandro Mezzadra, E
Haj Saleh und eine Reportage



Sandsäcke sollen das Denkmal des Stadtgründers von Odessa, Herzog de Richelieu schützen.

s Krieges

va von Redecker, Yassin al-
aus der Grenzregion



Aus dem Krieg desertieren

Drei Gründe sich dem Angriffskrieg Russlands zu widersetzen. Für einen neuen Internationalismus

Von Sandro Mezzadra

Der Krieg in der Ukraine ist zweifellos ein europäischer Krieg. Auch wenn „eurasische“ Vorstellungen wie die von Aleksandr Dugin, eines innerhalb des Establishments um Wladimir Putin immer mehr an Einfluss gewinnenden neurechten „konservativen Revolutionärs“, Russland aus kultureller und „geopolitischer“ Sicht als einen autonomen Raum darstellen, bleibt das Land ein integraler Bestandteil Europas. Freilich in einer besonderen Weise: Wenn es um Europas „Selbstverständnis“ gehe, richte sich der Blick seit dem 18. Jahrhundert, so eine gängige historiografische These, auf Russland als eine Art Spiegel, ein Grenzraum, der zugleich innerhalb und außerhalb der eigenen Entwicklung liegt. Die Lage Russlands begründet für Europa ein Moment von „Virtualität“, einen Appell, die eigene Definition offen zu halten. Eben dieses Moment versucht der Krieg von Putin auszulöschen. Das ist ein erster Grund, sich diesem Krieg unbedingt zu widersetzen.

Zentrifugale Multipolarität

Allerdings bedarf die Feststellung, der Krieg in der Ukraine sei ein europäischer Krieg, einer Ergänzung, denn er ist nicht nur ein europäischer Krieg. Im Gegenteil: Tatsächlich geht es heute um nicht mehr und nicht weniger als um die „Weltordnung“. Gewiss gibt es in der Welt nur sehr wenig Ordnung. Hatte sich der Entwurf multilateraler und zugleich imperialer Ar-

chitekturen in den 1990er-Jahren darauf gestützt, dass ein „neues amerikanisches Jahrhundert“ bevorstehe, so wurde im darauffolgenden Jahrzehnt – nach dem 11. September 2001 – der Versuch der USA, den eigenen Unilateralismus mit einem „globalen Krieg gegen den Terror“ zu untermauern, durch die militärische Sackgasse (und dann die Niederlage) im Irak und in Afghanistan zunichtegemacht.

Auf der anderen Seite hat die Finanzkrise von 2007/08 die ökonomische Stärke der Vereinigten Staaten tiefgreifend erschüttert und gleichzeitig den Aufstieg Chinas und dessen Wandel von der „Werkbank der Welt“ zu einer potenziellen Führungsmacht in den Bereichen digitaler Technologien, „wissensbasierter Ökonomie“ und künstlicher Intelligenz beschleunigt. Das große, als „Neue Seidenstraße“ bekannte Handels- und Infrastrukturprojekt ist eine Erweiterung jenes inneren Wandels. Und es ist kein Zufall, dass Präsident Xi Jinping dieses chinesische Globalisierungsprojekt in einer „multilateralen“ Perspektive darstellt. Die Krise der globalen Hegemonie der USA ist vor diesem Hintergrund zu einem durchgängigen Thema verschiedener globaler Szenarien geworden, denen zufolge Instabilität und Kriege sich ausbreiten. So war in den vergangenen Jahren oft von „zentrifugaler“ oder „konfliktbeladener Multipolarität“ die Rede.

Wo steht nun Russland in diesen Entwicklungen? In aller Kürze lässt sich feststellen, dass

sich auf der Grundlage der realen ursprünglichen Akkumulation, die in den Jahren der rücksichtslosen neoliberalen Reformen unter Boris Jelzin stattfand, allmählich eine eigentümliche Form eines „politischen Kapitalismus“ herausbildete. Die politische Macht gewährt und garantiert einem relativ kleinen Kreis von ökonomischen Akteuren, die in diesem Sinne tatsächlich als „Oligarchen“ zu bezeichnen sind, monopolistische Erträge (vor allem aus dem Abbau von Rohstoffen), während ein weiterer Teil der Erträge, um Konsens zu schaffen, der Bevölkerung zugutekommt. Gleichzeitig zeitigt diese besondere Form eines politischen und sicherlich nicht besonders innovativen Kapitalismus eine ebenso besondere Form von militärischem Expansionismus, wie er in den letzten Jahren nicht nur in den Kriegen und Interventionen an den Grenzen Russlands, sondern ebenso in Syrien, Libyen und im Sahel zu beobachten war. Das ist ein wichtiger Aspekt für das Verständnis des Krieges in der Ukraine – und ein zweiter Grund, sich ihm mit allen erforderlichen Mitteln zu widersetzen: nämlich die Konsolidierung und Ausdehnung des „politischen Kapitalismus“, wie er während der Putin-Jahre Gestalt angenommen hat, in notwendigerweise vergrößerten Räumen. Der Konflikt ist zwangsläufig global.

Chinas möglicher Beitrag

Ein weiterer Punkt ist zu erwähnen. Die Pandemie bot wieder einmal einen willkommenen Anlass, das „Ende der Globalisierung“ zu feiern. Hier sei nur darauf verwiesen, dass der Krieg nachdrücklich deutlich macht, wie weitgehend und umfassend sich die wechselseitige Abhängigkeit auf globaler Ebene zeigt. Man denke nur an die Rohstoffmärkte (Getreide, Energieträger, Mineralien etc.), die auf der Grundlage mittel- und langfristiger Verträge organisiert und vollständig finanziert sind,

sodass es praktisch unmöglich ist, an den Außenhandel gebundene Ressourcen anderen Verwendungszwecken im Inland zuzuführen. Der Anstieg des Mehlpreises um 30 Prozent in Argentinien, einem der wichtigsten Weizenproduzenten weltweit, mag als paradigmatisches Beispiel dienen.

Die Frage der Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland gewinnt in diesem Zusammenhang ihre Bedeutung: einerseits wegen der Auswirkungen der Sanktionen auf die Länder, die sie verhängen; andererseits wegen des Auftriebs, den die seit einiger Zeit laufenden Prozesse der „Entdollarisierung“ und der Bildung eines Bankenzahlungssystems, das eine Alternative zum Swift bietet, erfahren könnten. China nimmt auch in dieser Hinsicht eine zentrale Position ein. Es ist zwar in vielfältiger Weise mit Russland verbunden, verfolgt aber eine völlig andere Strategie der Außerdarstellung der eigenen ökonomischen Stärke und des Umgangs mit internationalen Beziehungen. Objektiv ist das Land in der Lage, eine führende Rolle bei der Beendigung des Krieges zu spielen. Ob es sich dafür entscheidet, steht auf einem anderen Blatt.

Russische Identitätspolitik

Neben den politischen Kräften und ökonomischen Mechanismen gibt es eine andere Perspektive, die keineswegs nur „Überbau“ ist. Das erste Kapitel einer Studie über Ideologie, Politik und die Linke im postsowjetischen Russland (in englischer Übersetzung „Dissidents Among Dissidents“) von Ilya Budraitskis heißt „Putin lebt in der von Huntington errichteten Welt“ – was sich auf Samuel P. Huntington und sein Buch „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ von 1996 bezieht. Dessen zentrale These: Nach dem Ende des Realsozialismus entbrenne auf glo-

baler Ebene ein „Kampf der Kulturen“. Budraitskis zufolge habe Huntingtons Buch als eine Art politisches und ideologisches Manifest gewirkt, das sich einflussreiche Akteure (von George Bush bis Abu Bakr al-Baghdadi) zu eigen gemacht haben. Putin, so Budraitskis, sei „Huntingtons Musterschüler“. Dessen spezifische „Identitätspolitik“ mit dem obsessiven Rekurs auf traditionelle Familienstrukturen, auf Religion und „Werte“ als Bollwerke von Stabilität und Ordnung zielt im Kern darauf ab, die Gestalt einer mythologischen russischen „Kultur“ festzuschreiben.

Eine solche ideologische Konstruktion ist ein Schlüsselement der Politik Putins und der herrschenden Klasse Russlands. Die Dämonisierung von Homosexualität und Feminismus sowie eine daraus abgeleitete buchstäbliche Überhöhung des Patriarchats findet ihren Ausdruck in den Worten des Moskauer Patriarchen Kyrill, wonach man in der Ukraine gegen „die Schwulen“ kämpfe. Es liegt auf der Hand, dass hier ein dritter Grund zu finden ist, sich Putins Krieg zu widersetzen und vor allem die Frauen und Männer in Russland zu unterstützen, die gegen ihn und seine „Kultur“ kämpfen. Freilich bleibt noch etwas hinzuzufügen, worauf auch Budraitskis hinweist: Der Kampf der Kulturen führt in Europa und im Westen zu „spiegelbildlichen Erscheinungen“.

Die NATO: Teil des Problems

Im Übrigen mehren sich die Stimmen, die hervorheben, dass der Krieg in der Ukraine den Westen geeint habe und es nun an Letzterem sei, die eigene Identität zu stärken. Hierzu ein paar Anmerkungen: Zu Beginn der 1990er-Jahre verfügten die USA im Westen über eine unangefochtene Führungsrolle. Die „einsame Supermacht“ verschloss sich Appellen zur Mäßigung. Vielmehr haben die USA, berauscht

von der Gewissheit eines „neuen amerikanischen Jahrhunderts“, die NATO-Osterweiterung eingeleitet, die objektiv zu einer Einkreisung Russlands geführt hat. Man könnte auch die Rolle diskutieren, die viele osteuropäische Länder – von den baltischen Staaten bis Polen – in diesem Prozess gespielt haben, für die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union fak-

Die internationale Antikriegsbewegung kann eine wichtige Rolle spielen, vor allem durch „Diplomatie von unten“.

tisch der Mitgliedschaft in der NATO untergeordnet war. In dieser Zeit trugen die USA zur Verschärfung der Spannungen mit Russland bei, indem sie insbesondere Verhandlungen über Abrüstung erschwerten, und zwar zu einem Zeitpunkt, als es vermutlich notwendig gewesen wäre, über eine neue Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nach dem Vorbild der Konferenz von Helsinki im Jahr 1975 nachzudenken. Stattdessen war die NATO in den letzten Jahrzehnten eine ständige Hypothek der europäischen Autonomie in der Außenpolitik und ein Apparat der anhaltenden Militarisierung der Länder Europas. Nachdem drei Gründe, warum es notwendig ist, sich Putins Krieg mit allen Mitteln zu widersetzen, bereits genannt wurden, bleibt anzufügen, dass die NATO für uns Teil des Problems und nicht Teil der Lösung ist.

Der Kampf gegen den Krieg wird heute vor allem von denjenigen geführt, die in den Straßen der russischen und ukrainischen Städte demonstrieren und dabei Gefängnis und Tod riskieren. Und dann wird er von jenen geführt, die aus dem Krieg desertieren, dessen Logik ab-

lehnen und an Orte fliehen, die als sicher gelten. Aber er wird auch von den Zehntausenden von Menschen geführt, die in Europa und anderswo auf der Welt auf die Straße gehen. Gewiss gibt es dabei unterschiedliche und oft gegensätzliche Perspektiven, von „Nein zu Putin, Nein zur NATO“ bis „Waffen für den ukrainischen Widerstand“. Gerade Letzteres ist nicht nur eine Parole der Stahlhelmfraktion in Politik und Medien, von Kriegsbegeisterten und militaristischen Kommentator:innen: Auch Menschen, die uns politisch nahestehen, haben sich so positioniert, und in der ukrainischen Diaspora in Italien ist es sicherlich das vorherrschende Schlagwort.

Auch wenn eine solche Position meiner Meinung nach keine ist, die es zu unterstützen gilt, geht es dabei nicht ums Prinzip: Es geht darum festzustellen, dass alles getan werden muss, um die Ausweitung des Krieges zu verhindern. Dass Verhandlungsräume eröffnet und vervielfacht werden müssen und dass die Antikriegsbewegung selbst dabei eine wichtige Rolle spielen kann, vor allem durch „Diplomatie von unten“, durch materielle Hilfe und Unterstützung, durch die Unterstützung von Geflüchteten und das Erweitern von Begegnungsräumen. Doch in dem turbulenten Prozess einer Neudefinition internationaler Ordnung und Unordnung, vor dessen Hintergrund sich der Krieg abspielt, müssen wir es wagen, etwas mehr zu tun.

Ein neuer Internationalismus

Nach den großen weltweiten Demonstrationen am 15. Februar 2003 gegen den Krieg im Irak schrieb die „New York Times“, dass die Friedensbewegung (jene globale Bewegung, die Seattle, Porto Alegre und Genua hinter sich hatte) die „zweite Weltmacht“ sei. Sich heute daran zu erinnern, könnte eine Herausforderung sein: eine Kraft zu schaffen, die unseren

„schrecklichen“ Zeiten angemessen ist. An die Pandemie hat sich praktisch nahtlos ein Krieg angeschlossen. Auch andere Probleme, die eine globale Politik erfordern, sind nicht weniger geworden, allen voran die Klimakrise. Die Aufrüstungsdynamik, die durch den Krieg beschleunigt wurde, ist ebenfalls global und wird sich in Europa sehr stark auf die Haushaltspolitik auswirken.

Aus dem Krieg zu desertieren, ist heute ein Gebot der Stunde. Doch können Praktiken der Desertion nur dann Wirkung entfalten, wenn sie in einen globalen Rahmen eingebettet sind. Wenn sie durch einen neuen Internationalismus getragen werden, der zwar anders heißen mag, sich aber auf den Geist seines historischen Vorläufers bezieht. In den vergangenen Tagen kam aus Russland und der Ukraine der Aufruf zu einem „neuen Zimmerwald“, einer Konferenz im Geiste jener, die im September 1915 in der Schweiz Sozialistinnen und Sozialisten zusammenführte, die sich dem Weltkrieg widersetzen. Wir wissen nicht, wie konkret dieser Aufruf ist, und sicherlich ist die Situation heute eine völlig andere. Es ist jedoch ein starker Vorschlag, den es aufzugreifen gilt.

Übersetzung: Thomas Atzert



Sandro Mezzadra ist Professor für Politische Theorie in Bologna mit den Schwerpunkten Migration, postkoloniale Kritik und globaler Kapitalismus. Mit seinen politischen Analysen ist er zu einem wichtigen Diskussionspartner von medico geworden.

Eine ungekürzte Fassung des Textes, der zuerst am 11. März 2022 auf dem Portal EuroNomade erschienen ist, findet sich auf der medico-Webseite.

www.medico.de/desertieren

Die Hoffnung liegt in der Erschöpfung

Wider die patriarchale Kriegslogik

Von Eva von Redecker

„Wir sind da. Das ist das, was Hoffnung gibt“, sagt Rita Segato und ergänzt, dass aus den Zwischenräumen ein Überschuss entstehen kann, der über das Bestehende hinauswächst – über die „Welt der Eigentümer“, wie sie es nennt, oder die „Sachherrschaft“, wie ich sagen würde. Hier kann ein utopischer öko-sozialistischer Wandel beginnen und in das münden, was ich als Weltwiederannahme bezeichnen würde. Was bedeutet Weltwiederannahme? Das ist erst einmal ein komischer Begriff. Er liegt ziemlich nah an dem, was man sich als Sozialistin immer schon wünscht, nämlich die Wiederaneignung der Produktionsmittel. Und das soll auch mitgemeint sein, reicht aber nicht aus. Wir brauchen auch eine Wiederannahme von ausgestoßenen, unterworfenen und verdinglichten Ressourcen und sozialen Beziehungen. Diese Wiederannahme soll nicht nur in der Welt der Eigentümer umverteilen, sondern aus ihr herausführen.

Schon vor der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine waren wir erschöpft vom Leben in der Eigentümerwelt. Wir hatten Arbeitsbedingungen, in denen die Angst vor der Prekarisierung und vor dem Überflüssigwerden grassierte und der Burnout ständiger Begleiter war. Wir hatten einen fossil getriebenen Konsum, der nur ermöglicht wurde durch die Vernutzung von Ressourcen, die zum Teil bereits irreversibel ver-

giftet und aufgebraucht sind. Wenn man diese Welt nicht nur auf klassische Weise als eine kapitalistische Welt kritisiert, als eine Welt der Ausbeutung, sondern reproduktionsfeministisch als eine Welt der Erschöpfung, dann ist die Priorität des Eigentums ein guter Ausgangspunkt. Denn das Eigentum in seiner modernen Form zieht eine restlose Zerstörung von Dingen nach sich. Eine Welt des Eigentums ist eine, die sich aufteilt in Subjekte und Objekte: Subjekte, die sich als Eigentümer auf Kosten anderer bereichern, aber ständig überfordert sind in dem Souveränitätsanspruch, die Dinge voll beherrschen können zu sollen; und Objekte, die aneigenbar oder potenziell verfügbar sind. Solche Objekte sind auch menschliche Lebenszeit als Arbeitskraft, weiblich kodierte Reproduktionsfähigkeit und -arbeit und natürliche Regenerationsarbeit.

Die aus der Erschöpfung entstehende Sehnsucht nach Erholung scheint mir ein sehr guter Ansatzpunkt für eine feministische Revolution, eine von der Reproduktionsarbeit ausgehende Revolution, eine Revolution für das Leben. Mit dem Krieg in der Ukraine kommen aber die Sachherrschaft und das Phantasma der Verfügung auf ganz andere Art, nämlich durch Säbel- bzw. Panzer- und sogar Nuklearsprengstoffraseln auf den Plan. Aus einer feministischen Analyse können wir nicht ganz

so überrascht sein über Putins imperialistischen Angriff auf das souveräne Nachbarland. Denn das, was viele Beobachter:innen jetzt versuchen als Wahnsinn und Gedächtnisverlust an Putin zu diagnostizieren, ist schon immer Teil der patriarchalen Logik: dass nämlich in dem Moment, in dem die Expansion, die Kontrolle und das Besitzen prekär werden und nicht gesichert werden können, im Zweifelsfall selbst die Zerstörung vorzuziehen ist. Denn in der Zerstörung kann man beweisen, dass man noch über das Objekt herrscht. Das ist der Extrempunkt der Souveränität. Aus dieser Sicht ist die Lage natürlich umso beängstigender.

Es gibt nun eine ganz merkwürdige Versuchung, aus der ohnehin schon erschöpften Situation mit Erleichterung auf den Krieg zu blicken. Aus der bequemen Position des Social-Media-Konsums in Deutschland heraus wandelt sich der diffuse Schmerz über unsichtbare Feindinnen wie Pandemie, Erderwärmung und finanzialisierte Wertschöpfung plötzlich in den konkreten Schmerz über einen klarer lokalisierbaren, mit dem Gesicht eines Bösewichts ausgestatteten Feind. Wenn man sowieso dem Schmerz nicht entfliehen kann, dann ist es auf eine Art kathartisch, einem Krieg mit klarem Gut und Böse zuzuschauen. In den sozialen Medien findet man Reaktionen wie: „Jetzt sehen wir endlich wieder die Realität.“ Es ist natürlich patriarchales Wunschdenken, dass die einzige Realität die Kraft der Waffen sei. Aber ich glaube, wir müssen verstehen, dass dadurch eine Entlastung von komplexeren Problemlagen angeboten wird.

Der feministische Ausweg läge hingegen in der Erholung, der Regeneration, im Retten und Schützen von Leben, in der Verhinderung von Krieg und im Widerstand. Nach Rita Segato gibt es zwei sich diametral gegenüberstehende historische Projekte: Es gibt das koloniale Projekt, sie nennt es das Projekt der Dinge. Und es

gibt das relationale Projekt, das sie Projekt der Pueblos, der Beziehungen, nennt. Dass man ernsthaft daran festhält und sich danach sehnt, reicht natürlich nicht. Man muss es auch machen. Segato verweist auf indigene, plurale Zusammenhänge, die das Projekt des Kolonialismus im Verborgenen, in den Zwischenräumen überdauert haben, auch wenn sie es im Großen natürlich nicht haben aufhalten können.

Auch ich rede gerne von Zwischenräumen. Dagegen kann man einwenden: „Reicht das? Werden die Räume nicht gleich wieder ungeeignet?“ Diese Einwände sind begründet, aber man muss ihnen auch entgegenhalten, dass sie manchmal Teil des patriarchalen Projekts sind, das Beziehungen und Bindungen unter Frauen, Queers, Trans kappt oder kleinredet. Deswegen scheint mir, dass die Revolution für das Leben am besten da gedeiht, wo zumindest ein Teil des Lebens aus den Kreisläufen der Sachherrschaft bzw. der Welt des Eigentums herausgenommen wird, wo es einen Rückhalt gibt, aus dem heraus man Widerstand organisieren kann. Die Herausforderung ist, daran festzuhalten, die ganze Welt ändern zu wollen (sonst redet man nicht von Revolution) und gleichzeitig zu verstehen, dass es in dem historischen Projekt der Bindungen möglich ist, aus dem bloßen Dasein schon Hoffnung zu schöpfen.

Dieser Text basiert auf einem Vortrag der Ringvorlesung „Turbulente Psyche(n)“ s. Seite 52.



Eva von Redecker ist Philosophin und Publizistin. Derzeit arbeitet sie an einem Forschungsprojekt zum autoritären Charakter. Zuletzt erschien von ihr „Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen“ (2020).

Selektive Solidarität

Der Entrüstung über den Angriff auf die Ukraine geht ein langes Schweigen über Russlands Rolle in Syrien voraus

Von Yassin al-Haj Saleh

Noch bis vor kurzem schienen die meisten Menschen im Westen zu glauben, der russische Krieg in der Ukraine sei qualitativ etwas ganz anderes als jener Krieg, der seit sechseinhalb Jahren in Syrien geführt wird. Während die internationale Empörung über den Einmarsch in der Ukraine groß ist und die europäischen Länder Waffen liefern, hat kein westliches Land auf diese Weise Russlands Krieg in Syrien verurteilt oder dort den Rückzug der russischen Streitkräfte gefordert. Der Krieg gegen den Terror, der implizit als Krieg gegen den militanten Islamismus verstanden wird, hat in Syrien eine gemeinsame Basis zwischen den USA, Europa und Russland geschaffen. Diese Grundlage wird auch von vielen autoritären und kleptokratischen Regimen in der Region und von Israel geteilt. Es ist kaum zu glauben, doch selbst unter Intellektuellen und Menschenrechtsorganisationen sind kaum Stimmen zu vernehmen, die sich diesem endlosen zerstörerischen Krieg entgegenstellen. Es gibt sogar linke Autoritäten wie Noam Chomsky, der bestreitet, dass der russische Krieg in Syrien imperialistisch sei, weil die Russen dort die „Regierung“ unterstützen. Als würde die „Regierung“ nicht einen permanenten Bürgerkrieg gegen die Mehrheit der Bevölkerung führen. Als würde es sich nicht um einen Völkermord handeln. Und eben diese Intellektuellen unterstützen nun nachdrücklich das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung – aber nicht das der Menschen in Syrien.

Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Gefahr eines Krieges zwischen dem Westen und Russland nicht mehr so wahrscheinlich wie im Augenblick. Gleichzeitig standen sich die USA und Russland noch nie so nah wie nach dem Chemiewaffen-Deal im September 2013. Anders ausgedrückt: Es gibt zwei Russlands in Syrien, ein US-amerikanisches Russland und ein russisches Russland. Was immer das zweite in Syrien getan hat – das erste hat es im Wesentlichen akzeptiert. Es ist noch nicht klar, ob diese imperialistische Verbrüderung durch den Einmarsch in der Ukraine ernsthaft Schaden nimmt. Ich bezweifle es.

Syrien gab Auftrieb

In Syrien setzt Russland seit 2015 einen Krieg fort, den ein völkermörderisches Regime gegen seine rebellierenden Untertanen vor über zehn Jahren begonnen hat. In der Ukraine, im Gegensatz zu Syrien ein Nachbarland Russlands, richtet sich der Krieg gegen eine gewählte Regierung. In Syrien hingegen gab es seit 60 Jahren keine freien Wahlen mehr, was einer der Hauptgründe für die Revolution war. Trotzdem gibt es Gemeinsamkeiten: Beide Kriege richten sich gegen eine lokale Bevölkerung, die dem Angreifer militärisch unterlegen ist. Beide werden von einem autoritären Russland geführt, das seine Ablehnung der Demo-



Er hat gut Lachen: Putins Intervention in Syrien hat Assads Überleben gesichert.

kratie hinlänglich zum Ausdruck gebracht hat. Das putinistische Russland hat auch nie einen Hehl aus seiner Feindseligkeit gegenüber dem „Arabischen Frühling“ gemacht.

Es ist ungewiss, ob Putins Regime den aktuellen Angriff auch dann unternommen hätte, wäre sein Krieg in Syrien auf starken internationalen Widerstand gestoßen. Gerade weil Syrien kein Nachbarland ist, hat der erfolgreiche Zugriff den imperialen Ambitionen Putins enormen Auftrieb gegeben. Die Invasion der Ukraine ist ein weiterer Schritt, das russische Imperium wiederzubeleben. Russische Kriegsschiffe sind, bis die Türkei das unterbunden hat, von ihrem Stützpunkt in Syrien aus Richtung Schwarzes Meer gefahren. Es ist also in-

konsequent und unethisch, diese neue Aggression zu verurteilen, ohne von dem letzten Expansionskrieg desselben Regimes zu sprechen, ihn zu verurteilen und den Syrer:innen zu helfen, ihr Land zu befreien.

Flüchtlinge, wie wir sie kennen

Ist es nach dem 24. Februar noch möglich, in dem Putinismus in der Ukraine ein böses und in Syrien ein freundliches Gesicht zu sehen? Leider scheint das einigen immer noch möglich zu sein, nicht nur Faschisten und Rechtspopulisten in Europa. Schon in der ersten Woche nach Kriegsbeginn gab es eine unschöne Sammlung rassistischer Kommentare von Re-

porter:innen und Politiker:innen, die Kriegsopfer und Flüchtlinge nach ihrer Haar-, Haut- und Augenfarbe hierarchisieren. Diejenigen, die „so sind wie wir“, einheimische und ehemals migrierte Europäer:innen, verdienen Unterstützung – im Gegensatz zu Menschen aus Syrien, Irak, Afghanistan oder aus Afrika und selbst noch anders als postmigrantische Europäer:innen. Der bulgarische Premierminister Kiril Petkow sagte es so: „Diese ukrainischen Flüchtlinge sind nicht wie die Flüchtlinge, mit

Die Kluft in den Solidaritätsbekundungen ist nichts anderes als eine Projektion in der rassistischen Logik der globalen Souveränität und des Imperialismus auf das intellektuelle Leben.

denen wir sonst zu haben. Es sind intelligente, gebildete Menschen.“ Die narzisstischen und selbstgefälligen Kommentare aus dem Westen sind nach der „genokratischen Wende“ [ein Bezug auf einen anderen Text von al Haj-Saleh, in dem er sich mit den Folgen des „Clash of Civilizations“ und Krieg gegen den Terror beschäftigt, die eine Herrschaft aus ethnischer Herkunft, Wahl-Verwandschaft, Tradition und Ökonomie im nahöstlichen Raum begründete] überraschend. Die Äußerungen Petkows sind weniger als Willkommensgeste gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen zu verstehen. Meiner Meinung nach artikuliert sich in ihnen vor allem die Feindseligkeit gegenüber der postmigrantischen Wirklichkeit in Europa.

Charlie D'Agata, ein leitender Auslandskorrespondent von CBS News, sagte, dass die Ukrai-

ne eben nicht der Irak oder Afghanistan sei, wo seit Jahrzehnten Konflikte wüten. Es sei vielmehr ein relativ zivilisiertes, relativ europäisches Fleckchen Erde, in der man so etwas nicht erwarten würde. Im Telegraph schrieb Daniel Hannan: „Die Menschen in der Ukraine sind offensichtlich so wie wir. Sie schauen Netflix, haben Instagram-Konten, nehmen an freien Wahlen teil und lesen unzensurierte Zeitungen. Das macht es so schockierend. Krieg sucht nicht mehr nur verarmte und abgelegene Regionen heim.“ Die Logik hinter solchen Kommentaren ist, dass die Ukrainer:innen den Krieg nicht verdient haben, weil sie wie wir sind, und wir im Gegensatz zu jenen anderen großartig sind. Es ist also folgerichtig, dass, was nun sogar denen passiert, die wie wir sind, auch jenen anderen passiert, die anders sind und die in verarmten Teilen der Welt leben, zensierte Zeitungen lesen und nicht frei wählen können.

Aimé Césaire, der große Dichter und Politiker von Martinique, hat diesen „zivilisierten“ Menschen etwas zu sagen. In seinem Diskurs über den Kolonialismus schrieb er 1950: „Was er, der sehr vornehme, sehr humanistische, sehr christliche Bourgeois des zwanzigsten Jahrhunderts Hitler nicht verzeihen kann, ist nicht das Verbrechen gegen den Menschen und die Erniedrigung des Menschen an sich. Was er Hitler nicht verzeihen kann, sind das Verbrechen gegen den weißen Mann und die Erniedrigung des weißen Mannes, ist die Tatsache, dass er kolonialistische Verfahren, die bis dahin ausschließlich Arabern in Algerien, Kulis in Indien und Schwarzen in Afrika vorbehalten waren, auf Europa selbst angewandt hat.“ Diese scharfe Geißelung der rassistischen Logik scheint immer noch gültig zu sein. Rassismus, so Judith Butler, etabliert auf der Wahrnehmungsebene „ikonische Versionen von Bevölkerungsgruppen, die äußerst bedauernswert sind, und von anderen, deren Verlust nicht

schmerzt und auch nicht bedauernswert erscheint“.

Sogar internationale Schriftsteller:innen haben es geschafft, einen offenen Brief zu verfassen, in dem sie die russische Invasion in der Ukraine verurteilen, ohne Syrien auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Die meisten der 1.040 Unterzeichner:innen haben sich noch nie zu dem russischen Krieg in Syrien geäußert. Auch ich habe den Brief unterschrieben. Die Kluft in den Solidaritätsbekundungen entspricht genau der Unterscheidung, welches Leben greifbar erscheint – was nichts anderes ist als eine Projektion der rassistischen Logik der globalen Souveränität und des Imperialismus auf das intellektuelle Leben. Es ist ziemlich enttäuschend, diese Logik sogar in Kontexten zu finden, in denen konkreter Imperialismus wie die Invasion in die Ukraine verurteilt werden.

Im Krieg verbunden

Es ist erst wenige Monate her, dass ich an der Kiewer Biennale teilnahm. Es ging um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Solidarität und ihrer Praxis im Westen, insbesondere mit der selektiven Solidarität, die mir in Europa ziemlich verbreitet zu sein scheint. Als ich im November 2021 in Kiew sprach, kam es mir nicht in den Sinn, dass ich diese Selektivität vier Monate später in Bezug auf das imperialistische Russland erleben würde: kriminell in der Ukraine und nicht kriminell in meinem Land. Sagt das irgendetwas Wahres über die Ukraine oder Syrien aus? Oder gar über Russland? Es sagt vor allem wenig Erfreuliches über die westlichen Mächte aus, die noch jetzt das Verursacherprinzip zu kommerzialisieren verstehen, und so einigen Solidarität zuteil werden lassen, während sie andere abtun. Die, die Solidarität gewähren, erhalten im Gegenzug symbolisches Kapital.

Es ist eine gewisse Erleichterung, dass nach drei Wochen Krieg in der Ukraine inzwischen mehr Menschen in den sozialen und sogar in den Mainstream-Medien auf die russische Unterstützung des Regimes in Syrien und Putins Beitrag zur hoffnungslosen Situation im Land hinweisen. Immer mehr Menschen erinnern sich jetzt an Aleppo und daran, dass Russland Krankenhäuser in syrischen Bezirken angegriffen hat, was es nun in Mariupol wieder tut. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass ein Paradigmenwechsel eingeleitet ist. In Syrien gibt es immer noch ein US-amerikanisches Russland.

Die Ukraine sollte verteidigt werden, und das ukrainische Volk sollte in seinem Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit unterstützt werden. Der Krieg der Putinisten ist ein imperialistischer Angriff. Er muss verurteilt werden und die russische Armee muss sich vollständig zurückziehen. Aber das sollte auch in Syrien geschehen. Die derzeitige Dynamik sieht allerdings eher danach aus, dass die Ukraine syrisiert wird, d.h. ganz oder teilweise unter die Besatzung fällt, als dass Syrien ukrainisiert wird, d.h. dass den Menschen dort auf irgendeine Weise gegen den russischen Imperialismus geholfen wird. Im Krieg, so scheint es, zeigt sich die Welt entgegen der herrschenden Politik der Trennung entlang nationaler Grenzen als zutiefst miteinander verbundene.

Übersetzung: Christian Sälzer



Yassin al-Haj Saleh ist ein syrischer Schriftsteller und saß 16 Jahre als politischer Gefangener in syrischer Haft. Er hat zehn Bücher veröffentlicht. Darunter: Freiheit: Heimat, Gefängnis, Exil und die Welt (Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2020).

Willkom- menskul- turen



Foto: medico

Wenn aus der Hilfe für Geflüchtete ein Zirkus der Aufmerksamkeit wird: Am ukrainisch-polnischen Grenzübergang Medyka.

In Polen organisiert die Zivilgesellschaft Nothilfe und Zuflucht für Flüchtlinge. Der Staat konzentriert sich darauf, die unerwünschten fernzuhalten

Von Kerem Schamberger

In Warschau packt die ukrainische Künstlerin Yulia Krivich in einem Nebengebäude des Museum of Modern Art zusammen mit anderen Freiwilligen Lunchpakete für die Ankommenden. Sie erzählt uns von ihrer Mutter, die in der Zentralukraine lebt. Seit Russland 2014 die Krim annektierte, habe diese einen Koffer mit dem Nötigsten in der Ecke stehen, um im Zweifel schnell fliehen zu können. Ob sie das nun getan habe? Nein, schüttelt Yulia Krivich den Kopf, noch nicht. Dann widmet sie sich wieder den Lunchpaketen. Schließlich sind Millionen von Ukrainer:innen auf der Flucht Richtung Westen.

Eine Woche lang waren wir – meine medico-Kollegin Karoline Schaefer und ich – in Polen unterwegs. Zuerst in Warschau, dann an der polnisch-belarussischen Grenze und weiter im Süden an der ukrainischen Grenze. Auf mehr als 1.500 Kilometern konnten wir uns einen Einblick verschaffen, wie die polnische Gesellschaft ihre Türen geöffnet hat. Bisher sind mehr als zwei Millionen Kriegsflüchtlinge ins Land gekommen. Das Gros der Hilfe leisten Organisationen und Aktivist:innen der polnischen Zivilgesellschaft. Sie werden von Freiwilligen und Organisationen aus anderen Ländern unterstützt. Der Staat ist hingegen kaum präsent, auch nicht am Warschauer Hauptbahnhof. Tausende kommen hier täglich an. Im ersten Stock wurden Bettenlager errichtet, in denen Menschen oft tagelang verharren, weil

sie nicht wissen, wohin. Freiwillige organisieren die Verteilung des Allernötigsten: Essen, Hygieneartikel, Powerbanks.

Die Regierung benutzt die Hilfe

Momentan geht eine Welle der Solidarität durch die polnische Gesellschaft. Sie schließt an den vergangenen Herbst an, als viele polnische Aktivist:innen in der Grenzregion zu Belarus Hilfe für die in den Wäldern umherirrenden Geflüchteten leisteten – gegen den Willen des polnischen Grenzschutzes und trotz der Kriminalisierungsversuche durch die rechte PiS-Regierung. Oft sind es dieselben Gruppen und Organisationen, die nun die Erstversorgung für die Flüchtenden aus der Ukraine organisieren. Viele von ihnen sind sauer: „Die Regierung benutzt die breite gesellschaftliche Solidarität für ihre eigene Agenda, für den Stolz auf die ‚polnische Nation‘. Es ist viel Propaganda“, sagt jemand. Das gehe so weit, dass die PiS nun Druck auf die EU ausübe, die gegen Polen verhängten Strafgebühren aufzuheben, weil sie sich so vorbildlich um die Flüchtlinge kümmern. Wie absurd das werden kann, erzählen uns Aktivist:innen in der Stadt Lublin im Osten des Landes. Dort unterhält die polnische Organisation Homo Faber eine Notfallhotline für Flüchtlinge aus der Ukraine. Mehr als 1.000 Anrufe täglich nehmen sie entgegen, rund um die

Uhr. Die Regierung hat die Nummer ohne vorherige Rücksprache auf ihre eigenen Webseiten gestellt und nicht mal angegeben, dass Homo Faber sie zusammen mit ukrainischen Freiwilligen betreibt. „Wir sind es leid, von der Regierung benutzt zu werden“, sagt eine Mitarbeiterin. Es sei unklar, wie lange sie die enorme Arbeitsbelastung durchhalten können. Alle seien am Ende ihrer Kräfte.

Richtige und falsche Geflüchtete

Besonders sichtbar wird die humanitäre Krise in den Vereinsräumen von Ukrainski Dom, einer Organisation, die schon vor Jahren von in Polen lebenden Ukrainer:innen gegründet wurde. Vor dem kleinen Haus im Zentrum von Warschau stehen Dutzende geflohene Ukrainerinnen Schlange, um eine SIM-Karte zum Telefonieren zu erhalten oder – noch wichtiger – eine Unterkunft vermittelt zu bekommen. Das ist gerade die Hauptaufgabe des Vereins, berichten uns zwei Mitarbeiter:innen. Seit Kriegsbeginn hätten sie nur wenig geschlafen, auch aus Sorge um ihre Verwandten in der Ukraine. Und sie erzählen von Unterschieden in der Hilfsbereitschaft. Unterkünfte gebe es vor allem für ukrainische Frauen und Kinder, aber nicht für andere Gruppen von Flüchtlingen. Auch andere Aktivist:innen, mit denen wir sprechen, kritisieren, dass der Solidaritätsbegriff in der polnischen Mehrheitsbevölkerung etwa Rom:nja-Familien, Schwarze und andere People of Colour oft ausklammert. Der Fokus von LAMBDA, einer traditionsreichen queeren Organisation in Warschau, ist es deswegen, in dieser Krisensituation den „Ausgeschlossenen unter den Ausgeschlossenen“ zu helfen: Die Aktivist:innen vermitteln Wohnungen, geben Gutscheine für Kleidung und andere Dinge des täglichen Bedarfs aus und bieten kostenlosen Sprachunterricht für die Geflüchteten an – explizit für alle.

Wie extrem die faktische Ungleichbehandlung von Geflüchteten ist, wird im Białowieża-Wald im polnisch-belarussischen Grenzgebiet deutlich. Dort versuchten Ende letzten Jahres mehrere Tausend Menschen aus dem Nahen Osten nach Europa zu gelangen und noch immer halten sich dort Menschen auf der Flucht versteckt. Hier ist der Staat sehr wohl präsent. Aber nicht, um zu helfen, im Gegenteil. Auf dem Weg zur Grenze passieren wir zwei Polizeikontrollen, die schauen, was oder vielmehr wen wir im Wagen haben. Am Ziel treffen wir eine Aktivistin der von medico unterstützten Grupa Granica, einer sozialen Bewegung, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und sich für Flüchtlinge einsetzt, die es auf polnischen Boden geschafft haben. Die Frau erzählt uns, dass die Notrufe von Geflüchteten aus dem Grenzwald aktuell wieder mehr werden. Auf der belarussischen Seite warten nach wie vor Hunderte Menschen. Deren Situation verschlechtert sich zusehends.

Diejenigen, die es über die Grenze geschafft haben und die Grupa Granica kontaktieren, sind total erschöpft und benötigen oftmals medizinische Versorgung. Viele kommen aus afrikanischen Ländern, einige haben zuvor in Russland oder Belarus studiert. „Es ist absurd, man wacht auf, und auf einmal sieht man zwei Menschen aus Ruanda im Wald“, sagt die Aktivistin. Wenn der Grenzschutz sie aufgreift, werden sie in eines von derzeit sieben geschlossenen Auffanglagern in ganz Polen gebracht. Die Grupa Granica nennt diese „Detention Center“, die Bedingungen seien allerdings noch schlechter als in polnischen Gefängnissen. Etwa 2.000 Menschen sitzen dort derzeit ein. Nur Psycholog:innen und Anwält:innen können die Insassen besuchen. Und davon gibt es viel zu wenige. Für die Aktivistin ist die Ungleichbehandlung von Ukrainer:innen einerseits und Menschen aus dem Nahen Osten und afrikanischen Ländern an-

dererseits kaum auszuhalten. „Das ist purer Rassismus“, sagt sie.

Fluchthilfe als Spektakel

Szenenwechsel. Der Kontrast von der Situation in den abgeriegelten Wäldern zu der Atmosphäre am Grenzübergang in Medyka an der polnisch-ukrainischen Grenze könnte kaum größer sein. Zehntausende Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, passieren hier täglich den Schlagbaum. Fast alle sind erschöpft, tagelange Flucht liegt hinter ihnen. Was sie auf polnischer Seite erwartet, gleicht einem Jahrmarkt. Bunte Zelte, blinkende Girlanden, ein Pianist, der auf seinem Klavier „New York, New York“ spielt und an jeder Ecke Kamerateams aus der ganzen Welt. Daneben Hunderte NGO-Mitarbeiter:innen und Ehrenamtliche, die sich mit ihren Hilfsangeboten gegenseitig überbieten. Unter ihnen sind auch religiöse Sekten, Prediger:innen, messianische Christ:innen, die „den Juden dabei helfen wollen nach Israel zu kommen“, Selbstdarsteller:innen und mit Marsz Niepodległości sogar eine rechtsextreme polnische Organisation. Im vergangenen Jahr ist sie noch mit „Polen den Polen“-Transparenten aufmarschiert, die „richtigen“ Flüchtlinge aber heißt sie hier willkommen. Und dann ist da noch der polnische Grenzschutz. Anders als an der belarussischen Grenze hilft er hier den Geflüchteten beim Tragen der Koffer.

Zwei Animatoure im Mickey-Maus- und Leopard-Kostüm kommen uns entgegen. Als wir sie fotografieren, bitten sie uns, sie auf Facebook zu markieren, damit man sieht, wo sie sind. Es ist bezeichnend, dass sich am Grenzübergang Medyka als Hotspot der Medienaufmerksamkeit auch die meisten NGOs konzentrieren. Wo weniger Kameras präsent sind, sei es in Chelm oder Hrebenne, wird die Hilfe weit-

gehend allein von der lokalen Bevölkerung getragen. Dass es auch anders gehen kann, zeigt der Grenzübergang Budomierz. Dort arbeiten Aktivist:innen, NGOs und die örtliche Stadtverwaltung in enger Absprache zusammen. Der Bürgermeister, sein Stellvertreter und die örtlichen Stadträte kommen jeden Tag mehrmals vorbei und helfen mit. Und zwar nicht nur, wenn Fotograf:innen und Kamerateams dabei sind. Das könnte die Basis einer Hilfs- und Aufnahmeinfrastruktur sein, die auch bei andauerndem Krieg und fortgesetzter Flucht trägt und willkommen heißt.



Kerem Schamberger ist neu bei medico und in der Öffentlichkeitsarbeit zuständig für „Flucht und Migration“. Schon nach zwei Wochen in Frankfurt ist er mit Karoline Schaefer aus der Kooperationsabteilung zur Dienstreise nach Polen aufgebrochen.

Die von medico seit Ende 2021 in Polen geförderte Grupa Granica kümmert sich seit Kriegsbeginn zusätzlich um Geflüchtete aus der Ukraine. Dabei konzentrieren sich die Aktivist:innen auf Rom:nja, Schwarze und andere People of Color ohne ukrainischen Pass, die ansonsten kaum Schutz erhalten. Gleichzeitig arbeitet die Gruppe weiter daran, die nach wie vor dramatische Situation der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten an der polnisch-belarussischen Grenze und in den geschlossenen Camps zu verbessern. Daneben unterstützt medico den Verein Asmaras World, der benachteiligten Geflüchteten ohne ukrainischen Pass sichere Transportmittel für die Weiterreise zur Verfügung stellt und ihnen in Deutschland beim Zugang zu Versorgung, bei der Suche nach Unterkünften und in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen hilft.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Projekte Projektionen

Rettung, Neuanfang
Afghanistan: Waghalsige Flucht

Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 mussten auch die Mitarbeiter:innen der medico-Partnerorganisation AHRDO Afghanistan verlassen. Mit Zehntausenden anderen versuchten sie vergeblich, in den Kabuler Flughafen zu gelangen. Wenig später starteten sie ihre bisher waghalsigste Operation: Mit all ihren Verwandten, zusammen über 180 Personen, fuhren sie in Bussen über Nacht an die pakistanische Grenze. Sie hatten Glück: Sowohl die Taliban als auch die pakistanischen Grenzschützen ließen sie passieren. Die ersten Tage verbrachten sie in einem Hochzeitssaal in Quetta, teilten sich drei Toiletten. Während sich medico und Aktivist:innen der NGO „Frontline Defenders“ um Visa für sie für Deutschland oder Kanada bemühten, zogen die AHRDO-Kolleg:innen – in Pakistan zu illegalen Migrant:innen geworden – nach Islamabad um. Am 10. Januar 2022 war es schließlich geschafft: der Flieger nach Kanada hob ab, alle waren an Bord. AHRDO wird von Edmonton aus weiterkämpfen und medico wird sie weiter unterstützen: wobei, das wird sich noch zeigen.

Foto: Holger Friedemuth



Voller Energie für ein anderes Afghanistan: Hadi Marifat auf einer Veranstaltung im Frankfurter medico-Haus.

Spendenstichwort: Afghanistan

Monster-Zaun

Haiti/Dominikanische Republik: 392 Kilometer, 70 Wachtürme, 41 Tore

Der dominikanische Diktator hatte 1937 noch unverblümete Worte für die Ermordung und Vertreibung von Menschen aus dem benachbarten Haiti. Er nannte es „blanquear la frontera“, die Grenze weißmachen. Dieser Aktion fielen etwa 30.000 Afroamerikaner:innen zum Opfer. Heute nennt der dominikanische Präsident Abinader den Bau eines Zauns entlang der gesamten Grenze auf der gemeinsamen karibischen Insel euphemistisch eine Sache, von der beide Länder profitieren würden. Damit glauben die USA und die Dominikanische Republik offenbar, die Migration vollständig unter Kontrolle zu bekommen. Wie die medico-Partnerorganisation GARR aus Haiti berichtet, sind im Jahr 2021 so viele Haitianer:innen aus den USA abgeschoben worden, nämlich über 20.000, wie in den gesamten vergangenen 20 Jahren. Aus haitianischer Sicht ist Biden Abschiebe-Weltmeister. Auch aus der Dominikanischen Republik werden täglich Hunderte Haitianer:innen zurückgeschoben. Viele von ihnen sind in der „Dom Rep“ geboren, hätten eigentlich ein Anrecht auf die Staatsbürgerschaft, viele haben nie in Haiti gelebt. Dass sie über die grüne Grenze in ihre eigentliche Heimat zurückkehren, will Abinader im Sinne von Trujillo nun unterbinden. Doch auf beiden Seiten des künftigen Zauns gibt es eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich austauscht und Bürger:innenrechte zu vertreten sucht. Darunter auch medico-Partner GARR.

Spendenstichwort: Haiti



Kein Durchkommen an der haitianisch-dominikanischen Grenze.

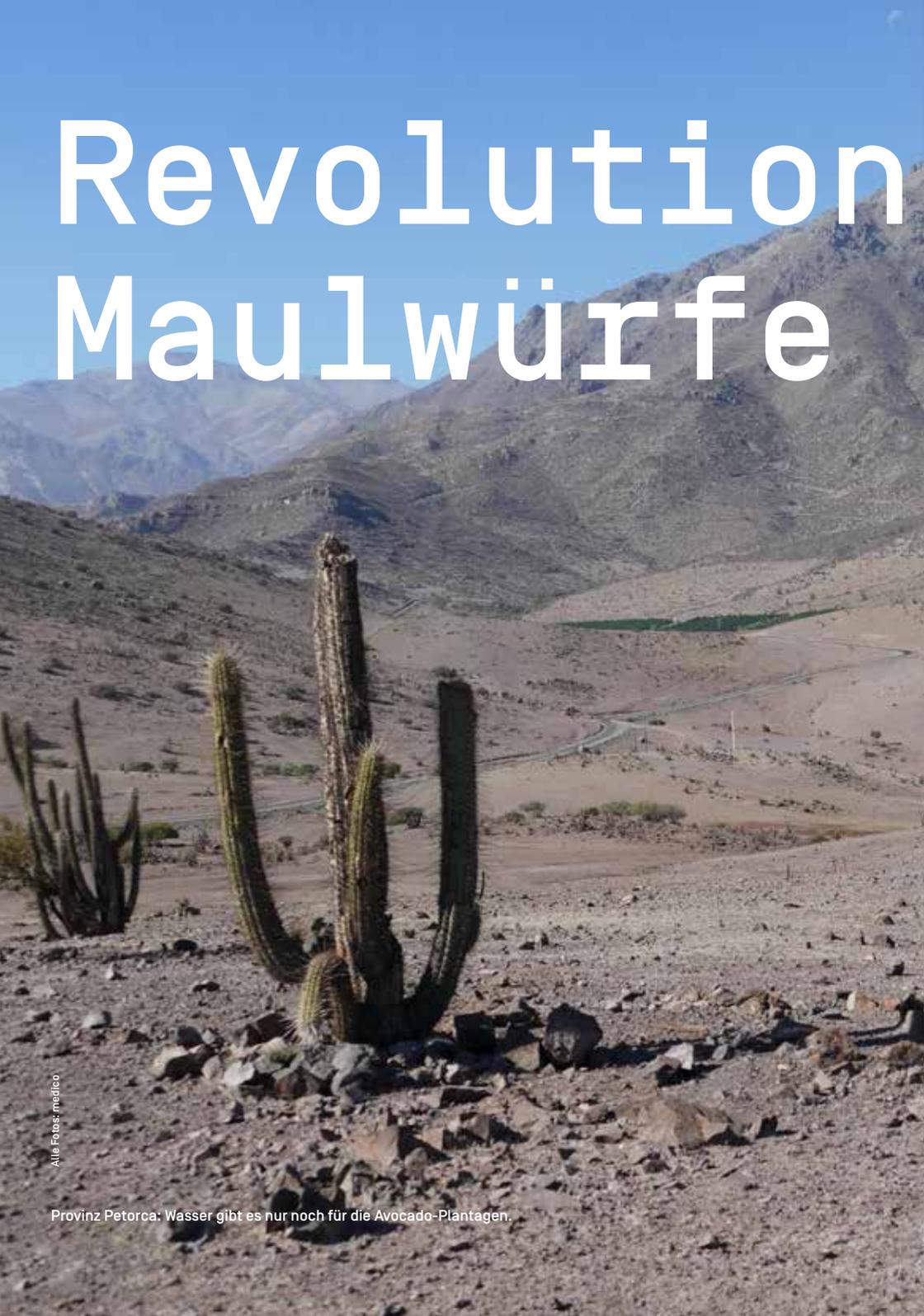
Spürbare Kriegsfolgen

Somalia: Langer Atem in multiplen Krisen

„Somalia hat den Krieg Russlands gegen die Ukraine in der UN-Generalversammlung verurteilt und auch viele Somalis sind gegen die russische Invasion, denn sie empfinden sie als ungerecht“, berichtet der Journalist Abdalle Mumin vom Somali Journalist Syndicate (SJS). Doch obwohl viele Menschen in Somalia ihn ablehnen, ist die Zukunft des Landes eng mit dem Krieg verbunden. Schon jetzt sind die globalen Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine in Somalia spürbar: Die Preise für Speiseöl, Gas, Elektrizität und Weizenprodukte sind ebenso wie die Inflationsrate gestiegen. Wie so oft verschränken sich die verschiedenen Krisen in Somalia zu tödlichen Gemengelagen. Infolge der durch die Klimakrise verschärften Dürren leiden Menschen und (Nutz-)Tiere, die sterben oder fliehen müssen. Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen sind stark vom Terror durch Milizen und von staatlicher Repression betroffen. Unter diesen Umständen leistet die von medico unterstützte Nomadic Assistance for Peace and Development humanitäre Hilfe und streitet gegen alle Widrigkeiten für ein gerechtes Somalia.

Spendenstichwort: Somalia

Revolution Maulwürfe



Alle Fotos: médico

Provinz Petorca: Wasser gibt es nur noch für die Avocado-Plantagen.



der

Chile ist das einstige Musterland des Neoliberalismus, der die Erlaubnis zur grenzenlosen Ausbeutung der Naturressourcen erteilte. Erster Teil einer Spurensuche, die zu vergangenen geglaubten Auseinandersetzungen führt – und in die ländlichen Gebiete.

Mit der Wahl einer neuen Regierung und einem Verfassungskonvent ereignet sich eine umfassende Transformation. Woher kommen der Ungehorsam und die Mehrheiten für Veränderung?

Von Katja Maurer und Mario Neumann

Eigentlich stand die Organisation CODEPU im Jahr 2019 kurz davor, ihre Arbeit einzustellen und sich nur noch als Archiv des langen und verloren geglaubten Kampfes um die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen zu verstehen. Doch dann klingelte es. Eine Ärztin sei zu ihnen ins Büro gekommen und habe eine Behandlungsliege mitgebracht, erzählt Geschäftsführer Raúl Flores, Journalist und Überlebender der Diktatur. Von nun an war an Aufhören nicht zu denken und in den Archivräumen begann die Geschichte von vorne. Flores lächelt, wenn er von dieser Zeit erzählt. Überhaupt hat der Mann in den sechziger Lebensjahren ein überaus freundliches Gesicht, wie alle hier bei dem Wiedersehen mit medico, einer Organisation, mit der manche schon in Zeiten der Militärdiktatur zusammengearbeitet haben.

Am Paseo Bulnes in Santiago de Chile, in der hintersten Ecke des fünften Stocks eines Bürogebäudes, liegen die bescheidenen Räumlichkeiten von CODEPU. Der Paseo Bulnes, benannt nach einem chilenischen Präsidenten des 19. Jahrhunderts, ist einer dieser traditionellen Boulevards für Fußgänger, die vom Aufstreben der lateinamerikanischen Städte in der Zeit des Zweiten Weltkrieges künden. Städte, die eben nicht aus kleinen Dörfern und Handelszentren über Jahrhunderte entstanden sind, sondern seit ihrer Gründung die Moderne in kolonialer Ausprägung in sich tragen. Der Paseo läuft auf die Moneda zu, die während des Militärputsches

1973 mit Raketen beschossen wurde, wo Salvador Allende starb und in die in wenigen Tagen nach unserem Besuch bei CODEPU der neu gewählte Präsident Gabriel Boric mit seinem Kabinett aus 14 Ministerinnen und 10 Ministern einziehen wird.

Als die Ärztin mit der Liege bei CODEPU klingelte, tobte auf den Straßen der Hauptstadt gerade der „Estallido Social“, was übersetzt etwa „soziale Explosion“ heißt. Während der wochenlangen Rebellion gegen die mittlerweile zu Ende gegangene Piñera-Regierung und gegen den sich 30 Jahre lang vertiefenden Neoliberalismus kam es zu fast militärisch geführten Auseinandersetzungen zwischen Carabineros und den Demonstrant:innen der Primera Linea. Der Paseo bildete dabei eine Art Rückzugsgebiet. Von nun an verwandelte sich das kleine Büro in eine Krankenstation für die Verwundeten des Aufstands, in ein Zentrum für Rechtsberatung für die juristisch Verfolgten, für Klagen gegen Carabineros und in einen Ort psychosozialer Erstversorgung. Die Rechtsanwält:innen von CODEPU druckten Flugblätter mit detaillierten Informationen darüber, welche Rechte man bei Verhaftungen besitzt, und die Psycholog:innen von CODEPU organisierten Treffen zwischen Überlebenden der Diktatur und Opfern der Polizeigewalt. „Wir hatten lange Schlangen vor dem Büro von Menschen, die klagen wollten“, berichtet Raúl Flores. Und auf einmal war die Vergehenheit wieder aktuell. Die verloren ge-

glaubte Geschichte war wieder unabgeglottener Teil der Gegenwart, Jahrzehnte der Aufarbeitung und des Nichtaufgebens wurden zur Infrastruktur und zum Umschlagplatz für den Kampf um eine bessere Zukunft.

Heute begleitet CODEPU etwa 200 Klagen, u.a. eine Klage gegen die oberste Führung der Carabineros – der chilenischen Militärpolizei. Sie wird zum Beispiel dafür verantwortlich gemacht, dass mindestens 395 Menschen schwere Augenverletzungen durch Tränengasgranaten oder Gummigeschosse erlitten haben. Die Neugründung der Carabineros, ihre Verwandlung in eine zivile und zivilisierte Polizei, ist eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung und eine Altlast der offiziell abgeschafften, doch nie wirklich zu Ende gegangenen politi-

schen Tradition der Diktatur. Gerade die junge Generation will das nicht mehr hinnehmen. Bereits im Jahr 2011 veranstalteten protestierende Studierende, deren wichtigste Repräsentant:innen heute fast alle der Regierung angehören, einen Besotón, einen Kussmarathon unter Wasserwerfern mit der Losung „Wir haben keine Angst“. 2019 führte die Primera Linea, ausgerüstet mit Schutzmasken und Helmen, einen regelrechten Straßenkampf gegen die Polizei, die den Ruf eines politischen Feindes hat. Und das zu Recht: Denn die Carabineros und die Militärs führen seit fast 50 Jahren einen Krieg gegen einen „inneren Feind“.

Gemeint sind damit aber nicht nur Linke und junge Menschen in den Städten. Einige dieser „inneren Feinde“ haben eine jahrhundertealte



RECHTE DER NATUR

Manuela Royo, Rechtsanwältin, Abgeordnete des Verfassungskonvents, Mitglied in der Kommission für Umweltschutz und Entwicklung

Ich selbst komme aus einer linken Tradition. Und ich habe den Eindruck, dass die Linke lange Zeit nur auf die Entwicklung der Menschen geschaut hat. Sie hat sich für das Wirtschaftswachstum und die Umverteilung des Reichtums interessiert. Aber sie hat überhaupt keine Idee davon gehabt, dass man die Umwelt schützen muss und dass dazu auch gehört, dass indigene Gemeinden und bäuerliche Kommunen eines eigenen Schutzes bedürfen. Die indigenen Völker hingegen hatten immer die Erzählung von einer Natur mit eigenen Rechten. Wir befinden uns heute als Umweltbewegung in einem gemeinsamen Kampf mit den indigenen Völkern. Ich komme aus dem Wallmapu. Für mich ist der Schutz des natürlichen Waldes ebenso wichtig wie das Wasser. Heute erleben wir eine große Konzentration von Wasser und Land in der Hand von ganz wenigen, die Wälder teilen sich die zehn reichsten Familien Chiles unter sich auf. Eine Linke muss heute also nicht nur das Recht der Natur einfordern, sondern auch ihre gerechte Verteilung.

Tradition des Widerstands vorzuweisen. Einen Eindruck gewinnt man von dieser Feindschaft nur wenige Meter von CODEPU entfernt, nämlich dort, wo sich das Verteidigungsministerium befindet. Aus dem Gebäude strömen Männer und auch ein paar Frauen in Uniform und Kampfanzug. Ein seltsamer Anblick, den auch die Übersetzung des Ministeriumstitels in die verschiedenen Sprachen der indigenen Völker Chiles nicht zivilisiert. Diese Militärs führen im Süden Chiles einen Krieg gegen die Mapuche. Laut einer Volkszählung von 2017 zählt sich jede:r Zehnte in Chile dieser größten indigenen Gruppe des Landes zu, in Araucanía, einer Region im Süden, sind es über ein Drittel. Hier verhängte die Regierung Piñera im Oktober

2021 einen militärischen Ausnahmezustand. Und hier holte der rechtsradikale Präsidentschaftskandidat Kast selbst in der Stichwahl über 60 Prozent und damit mehr als in jeder anderen Region – was nicht zuletzt an den vielen hier ansässigen Siedler:innen europäischer Abstammung liegen dürfte.

Eine Region im Ausnahmezustand

Beim Ausleihen des Wagens am Flughafen von Temuco, der Hauptstadt Araucanías, heißt es, wir sollten vorsichtig sein, wenn wir einen Holztransporter vor uns haben. Denn die Region ist Extraktivismusland für Holz, was gute Fahr-



Mapuche-Landbesetzer:innen bei einer Besprechung in Llazqawe.

wege, aber auch Gefahrentransporte mit sich bringt. Die Bäume, die hier abgeholzt werden, sorgen für satte Gewinne, nur nicht für die Menschen, die hier leben. Die Landschaft aus Seen, Vulkanen und Wäldern, eine der schönsten Chiles, leidet jedoch unter der Monokultur der Exportwälder: Sie verbraucht das Wasser und hat die Vielfalt der alten Mischwälder zerstört. Stattdessen stehen überall die traurigen Eukalyptuswälder, bestehend aus Bäumen mit hängenden Blättern und einem Boden, auf dem kein Moos, kein Gras, kein Nichts mehr wächst. Diese Forstbetriebe breiteten sich unter Diktator Pinochet rasant aus und wurden ab Mitte der 1970er-Jahre staatlich gefördert. Innerhalb von zwei Jahrzehnten eigneten sie sich über 1,5 Millionen Hektar Land an. Die damit einhergehende Verwüstung der Region bestätigt uns auch der Journalist Patricio Melillanca, der zu den Gründern der Internetzeitung Mapu-Express gehört. Der ganze Süden habe sich durch die Forstwirtschaft tiefgreifend verändert. „Außerdem ist ein Großteil der Seeufer für die Ansiedlung von luxuriösen Villen privatisiert worden. Daran haben Politiker aller Parteien partizipiert“, sagt Patricio.

Die bis heute wichtigsten Gegenspieler dieser Entwicklung sind die Mapuche, deren Tradition kein Privateigentum kennt und deren Territorien von den Forstbetrieben enteignet wurden. Die Mapuche hatten sich einst erfolgreich gegen die spanische Kolonisierung gewehrt und ihre südlichen Territorien jenseits des Flusses Bío Bío verteidigt. Ihre Autonomie und ihre traditionellen Siedlungsgebiete verloren sie erst mit der Unabhängigkeit Chiles von Spanien. Die Mapuche wurden in blutigen Kriegen schrittweise aus diesen vertrieben und von der rassistisch organisierten Siedlergesellschaft in reservats-ähnliche Siedlungen abgeschoben. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurden in einem regelrechten Völkermord fast eine Million von ihnen ermordet – fast 90 Prozent der Bevölkerung. Bis heute fordern die

Mapuche – bislang weitgehend erfolglos – vom chilenischen Staat Reparation und Entschädigung für diese Kolonialverbrechen.

Im Süden Chiles verbindet sich der lange antikoniale Kampf der Mapuche heute mit den großen Fragen der Klimakrise und der Herausforderung einer anderen Lebensweise. Die Mapuche machen keinen nennenswerten Unterschied zwischen ihrer Existenz als indigenem Volk und dem Schutz der Natur als dessen Territorium und Lebenselixier. Sie kämpfen für die Natur, wenn sie für ihr Existenzrecht kämpfen – und umgekehrt. Diese Tradition eines Lebens das einen Einklang mit der Natur statt deren Beherrschung vorsieht, wird in Zeiten der Klimakrise für viele Chilen:innen zu einer Inspiration statt zu einem indigenen Relikt der Vergangenheit. Und sie ist gleichzeitig auch eine Erklärung für die Härte und Unbeugsamkeit, mit der die Mapuche ihr Territorium verteidigen und zurückzuerobern versuchen.

Alberto Curamil ist schwer zu erreichen. „Da, wo ich war, gab es kein Netz“, sagt er uns, nachdem wir nach stundenlanger Suche sein Dorf gefunden haben. Curamil ist Longko – eine Führungsfigur der Mapuche, einem Bürgermeister ähnlich. Er lebt in einer Landbesetzung oder, wie er sagen würde, einer Landrücknahme 60 Kilometer von Temuco entfernt. Es gibt Hunderte solcher Landrücknahmen der Mapuche in der Südzone Chiles, eine Bewegung, die bereits unter der Pinochet-Diktatur begonnen hat. Sein vom Staat nicht anerkanntes Dorf liegt tief im hügeligen Gelände nahe am Vulkan Tolhuaca. Curamil ist aktiver und selbstbewusster Teil einer Renaissance der Mapuche-Bewegung und versteht sich als Kämpfer dieser Jahrhunderte andauernden Selbstverteidigung. Seit 2013 fanden unter seiner Führung Demonstrationen, Straßenblockaden und Landbesetzungen gegen die Errichtung von zwei Wasserkraftwerken statt, die das Ökosystem des Flusses Cautín

weitgehend zerstört und die Trockenheit verstärkt hätten. Gemeinsam mit den Rechtsanwält:innen von CIDSUR, einer Vereinigung von Jurist:innen, die größtenteils ehrenamtlich Mapuche in verschiedenen Belangen juristisch vertreten, gelang es ihm am Ende, den Bau der Wasserkraftwerke zu verhindern.

2019 erhielt Curamil dafür einen der wichtigsten Umweltpreise, den Goldman-Preis. Er konnte ihn allerdings nicht persönlich entgegennehmen, weil er im Gefängnis saß. Anderthalb Jahre wegen eines „bewaffneten Überfalls“, um am Ende von allen Vorwürfen freigesprochen zu werden. Haftentschädigungen oder Entschuldigungen hat er bis heute nicht erhalten. Während wir an seinem Küchentisch Marmeladenbrot essen und er von seinem Leben mit polizeilicher Verfolgung erzählt, laufen im Hintergrund Fernsehbilder vom Ukrainekrieg und Journalisten erklären an den Karten der fernen Länder den Frontverlauf. Im Wallmapu, wie die Mapuche die Region nennen, herrscht schon lange Krieg. Curamils Frau Isabel berichtet von ihren psychischen Problemen. Sie nehme Beruhigungsmittel, weil sie nachts nicht mehr schlafen könne und immer wieder schreien müsse. Die älteste Tochter ist bereits ausgezogen, die beiden Söhne leben noch hier und sind mit dem Staatsterror gegen Alberto und die Mapuche groß geworden.

Curamils Geschichte ist kein Einzelfall. In Araucanía herrscht nicht nur ein Kampf um Land, sondern auch ein institutioneller Rassismus gegen die Mapuche. Dieser drückt sich in einer Art doppeltem Recht aus, das formell durch den Ausnahmezustand und Anti-Terror-Gesetze abgesichert ist. Gefälschte Anklagen gegen Mapuche sind an der Tagesordnung. Die Anwendung der Anti-Terror-Gesetze wirkt sich strafverschärfend aus, sodass Haftstrafen nicht selten dreimal so hoch ausfallen wie im Normalfall. Dass wegen der Covid-Pandemie

viele Häftlinge in den Hausarrest entlassen wurden, darunter jedoch keine Mapuche, ist nur eine von Hunderten erniedrigenden Nadelstichen der Ungleichbehandlung. Immer wieder treffen wir in der Region mit Menschen zusammen, die uns eine lange Leidensgeschichte ihrer Familien über Generationen hinweg erzählen. Es sind Berichte über die Kriminalisierung dekolonialer Kämpfe.

Die politische Frage, die der teilweise bewaffnete Widerstand der Mapuche an die chilenische Nation stellt, geht daher weit über den Süden hinaus. Viele haben das schon länger verstanden. Daran erinnern auch die Bilder der Mapuche-Fahne, die während des Aufstandes 2019 überall wehte. Sie sind Teil einer konfliktreichen Solidarisierung zwischen den unterschiedlichen Widerstandstraditionen des Landes. Als während des Estallido Social, der mit den Protesten von Schüler:innen gegen eine Fahrpreiserhöhung begann, in den Städten gegen den herrschenden Neoliberalismus skandiert wurde „Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre“, entgegneten die Mapuche, dass es nicht um 30, sondern um 300 Jahre gehe.

Die Region Valparaíso: Ein weiteres Kapitel im Kampf um Wasser

„Das Wasser ist Leben“, hatte Alberto gesagt. Wir hätten ihn nie getroffen, hätte uns Lorena Donaire den Kontakt nicht vermittelt. „Wir führen denselben Kampf“, war seine Bemerkung. So wurden wir Leute seines Vertrauens. Lorena ist einer der Gründerinnen von MODATIMA („Bewegung für die Verteidigung des Zugangs zu Wasser, die Erde und den Umweltschutz“), eine der wichtigsten sozialen Bewegungen in Chile. Die Mutter von drei Kindern und Tochter von kleinbäuerlich wirtschaftenden Eltern, die wegen Wassermangels aufgeben mussten, lebt in



PLURINATIONALITÄT IST KEINE FOLKLORE

Natividad Llanquileo, Rechtsanwältin, Abgeordnete des Verfassungskonvents

Ich bin in einer Mapuche-Gemeinde auf dem Land aufgewachsen. Mit 14 Jahren musste ich mein Dorf verlassen, um einen Schulabschluss zu machen und zu studieren. Meine Familie hat bereits gegen die Diktatur gekämpft. Ich bin seit meiner Geburt politisch erzogen worden und bin eng mit dem Kampf um die Verteidigung der Mapuche-Territorien verbunden. Ich habe mit meiner Familie deshalb schwere Zeiten der Verfolgung, Kriminalisierung und Verhaftungen durchgemacht. Aus diesem Grund bin ich Rechtsanwältin geworden und habe in der Araucanía auch politische Fälle verteidigt. Mit dem Aufstand und der Polizeigewalt 2019 haben auch die einfachen Chilenen verstanden, welcher Repression wir als Mapuche seit Jahrzehnten ausgesetzt sind. 2019 wurde unsere Fahne Symbol des allgemeinen Aufstands. Der Konvent, der eine neue Verfassung ausarbeitet, sichert den indigenen Völkern einen festen Anteil an Sitzen zu. Wir wollen die Plurinationalität in der Verfassung festschreiben. Am Anfang war die Diskussion darüber sehr folkloristisch. Dass Plurinationalität auch bedeutet, dass die indigenen Völker ein Recht auf Territorien und Naturressourcen haben, ist jetzt Teil der Debatte. Das rührt natürlich an den Interessen der sieben Familien, die das Land besitzen. Sie zu entmachten, wäre wirklich eine strukturelle Veränderung.

La Ligua. Die Kleinstadt in der Region Valparaíso ist Ausgangspunkt unserer Fahrt in eine „Katastrophenregion“, so die offizielle Lage. Man könnte auch sagen: Eine Region, die dem Weltmarktbedarf geopfert wurde.

Die einst wasserreiche Provinz hat ihr Wasser der Agroexportindustrie und dem Bergbau geopfert. Lorena, die den feministischen Zweig von MODATIMA leitet, führt uns durch das kleine Provinzmuseum in La Ligua. Dort zeugen nur noch handgemachte Arpilleras, dreidimensionale Wandbilder aus Stoffresten, von der einstigen Schönheit der Region. Die Ausstellung trägt den vielsagenden Titel „Memorias del agua“ –

Erinnerungen an das Wasser. Auf den mit viel Liebe zum Detail erstellten Arpilleras lernen Kinder im Fluss schwimmen, blühen bewässerte Gärten, führen Brücken über reißende Ströme. So war es, so ist es aber nicht mehr.

Auf der Fahrt von La Ligua nach Petorca überqueren wir Brücken, unter denen nur Geröll liegt. Es ist heiß, und durch den Wassermangel scheint alles noch heißer zu sein. Grün sind nur die Avocado-Plantagen an den kahlen Bergen. Um sie anzulegen, wurden alle Schichten und mit ihnen die wassersparsamen Pflanzen ab- und eine neue Schicht Erde für Avocado-Bäume aufgetragen. Die Früchte, die hier produziert

werden, entsprechen den Erfordernissen des Weltmarktes, haben eine dicke Schale und sind entsprechend transportfähig. Solche Avocados wachsen normalerweise nur in den Tropen, aber nicht im trockenen Klima Chiles. Kilometerlang fahren wir durch die trockene Landschaft, die einer Wüste ähnelt und kaum noch bewohnt wird, weil hier abgesehen von den Arbeiter:innen in der Exportlandwirtschaft so gut wie niemand mehr leben kann. Unterwegs passieren wir einen unbeleuchteten Eisenbahntunnel, der nur einspurig befahrbar ist und gerade so ein Auto durchlässt. Lorena erzählt, dass hier nach dem Putsch eine Massenerschießung stattgefunden hat. Ihr Onkel habe das Massaker wie durch ein Wunder überlebt. Geschichte und Geschichten liegen nah beieinander.

Wir fahren nach Petorca, einer Kreisstadt mit 23.000 Einwohner:innen, einer Kneipe, die aber kein Bier hat, und einem Kinderschwimmbad ohne Wasser. Vorher hatten wir uns noch die großen Wasserspeicher jenseits der menschlichen Ansiedlungen angesehen, in denen die Plantagenbesitzer das Wasser horten. In Petorca haben viele Haushalte hingegen kein fließendes Wasser mehr. Lorena kennt alle hier und hat uns auch den Kontakt zum Geologen Vladimir Vicencio vermittelt. Er arbeitet in der Umwelta Abteilung der Gemeinde und übernimmt demnächst das Wasserbüro der Stadt. Dieses soll die örtlichen Wasserkooperativen zum Beispiel beim Bau neuer Brunnen, die nun nicht mehr zwei, sondern 17 Meter tief sein müssen, unterstützen. Vladimir hat in Santiago studiert und man fragt sich, was er

Foto: Frontline Defenders



DIE INSTITUTIONEN TRANSFORMIEREN

Rodrigo Mundaca, Gründer von MODATIMA und nun Gouverneur von Valparaíso

Wir haben sehr lange darüber nachgedacht, ob es klug ist, als Vertreter einer sozialen Bewegung für ein politisches Amt zu kandidieren. Ich engagiere mich für das Wasser, ich gehöre einer Bewegung an, die von der Provinz Petorca tief im Inneren der Region von Valparaíso aus den Kampf ums Wasser führt. Das ist kein provinzieller Kampf, sondern ein nationaler. Es geht darum, aus dem Wasser ein Gemeingut zu machen, das Recht auf Wasser durchzusetzen und es dafür zu entprivatisieren. Chile ist das einzige Land der Welt, das sowohl seine Wasserquellen als auch alle Wasserläufe privatisiert hat. Seit zwölf Jahren führen wir diesen Kampf von einem Territorium aus, das für die Öffentlichkeit eigentlich unsichtbar war. Aber wir haben von hier aus eine sehr radikale Bewegung gegründet, um das Wasser für unsere Region zurückzugewinnen. Im Zuge der Pandemie haben wir sehr lange darüber diskutiert, ob es nun an der Zeit ist, die Institution von diesem neu geschaffenen Wahlamt des Gouverneurs in Angriff zu nehmen und zu transformieren. Und wir haben uns dafür entschieden.

hier in der trockenen Gegend will. „Ich habe als Kind jeden Sommer hier verbracht“, erzählt er. Mit Mitte dreißig gehört er dann wie so viele zu der jungen Generation Studierender, die 2011 den Aufstand probte. Und so ist es auch für ihn eine politische Angelegenheit, dieser Region und seinen Bewohnern sein Wissen zur Verfügung zu stellen. „Es handelt sich hier nicht um eine Dürre, sondern um die ungerechte Verteilung des Wassers“, so Vladimir. „No es sequia, es saqueo“ – „Das ist keine Dürre, sondern Raub“, lautet denn auch die MODATIMA-Lozung, wie die Mapuche-Fahne ein Symbol der Aufstandsbewegung 2019.

Gretchenfragen

Obwohl das Wasserdrama seit Jahren anhält, belegte erst 2018 eine Studie, dass nicht bloß die klimatische Trockenheit verantwortlich ist. Die rücksichtslose Ausbeutung der Wasserressourcen trägt in der Region maßgeblich zu Trockenheit und Klimawandel bei. Die Bauern der Region wussten das schon lange, schließlich wurden seit den 1990er-Jahren Wasserrechte von enormem Umfang an einige wenige Großgrundbesitzer vergeben. Als die Flüsse La Ligua und Petorca austrockneten, kam es zudem zu einer Übernutzung des Grundwassers, auch sie Folge der Vergabe von Wasserrechten an die Plantagenbesitzer. Die Wasserressourcen konzentrieren sich in den Händen von vier Familien, die im Agroexport das Sagen haben. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser übernehmen größtenteils private Unternehmen, die ebenfalls kaum einer Kontrolle unterliegen. Das gelieferte Wasser, so Vladimir, sei von zweifelhafter Qualität und die Menschen erhielten keinesfalls die ihnen zustehende Menge. Es gibt in der Region Schulen, in denen die Kinder nur an zwei Stunden am Tag auf die Toilette dürfen. „Und der Staat tut so, als gehe ihn das nichts an.“

Der neoliberale Extraktivismus und die Privatisierung der Gemeingüter, die Kolonisierung und Enteignung der Mapuche, die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur und ihrer Nachfolgeorgane: All das sind Fragen, die Chile seit Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten bewegen. Inm Estallido Social sind sie alle neu aufgeworfen worden. Er ist das politische Ereignis der letzten Jahrzehnte und hat einen politischen Raum geschaffen, in dem sich der Horizont einer wirklichen gesellschaftlichen Transformation eröffnet. Und sein Name, die „soziale Explosion“, wird ihm vielleicht eher gerecht als die Bilder in der internationalen Presse, die vor allem auf die große Beteiligung der Jugend abhoben – ein richtiges und doch unvollständiges Bild. Doch die Erfahrungen mehrerer Generationen, die jahrzehntelange Maulwurfsarbeit von Communities und Aktivist:innen und das geschichtsbewusste Weitermachen sind tatsächlich der Staffelstab, den eine junge Generation nun übernehmen konnte. Davon zeugte nicht zuletzt die Amtseinführung von Gabriel Boric, dem jüngsten Präsidenten in der Geschichte des Landes. Geschichte und Zukunft liegen gewissermaßen übereinander: Eine bessere Zukunft ist nicht denkbar ohne die Reparatur des Vergangenen. Das geht nicht über Nacht. Und doch hat sich der Prozess der institutionellen Veränderung daran zu messen.

Gleich nach Antritt der neuen Regierung machte sich die Innenministerin Izkia Siches auf den Weg in die Mapuche-Region. Schon zuvor hatte sie angekündigt, dass der Kriegszustand aufgehoben wird. Nun wollte sie sich mit den Eltern von Camillo Catrillanca treffen, der 2018 von einem Polizisten in den Rücken geschossen und umgebracht wurde. Eine Mapuche-Gruppierung empfing die Ministerin mit unfreundlichen Gewehrschüssen und die Eskorte musste zeitweise den Rückzug antreten. Das Treffen fand dennoch statt. Fast zeitgleich beschloss der Konvent, der gerade die neue Verfassung aus-

arbeitet, den plurinationalen Staat als deren neue Norm. Dem Konvent gehören zum ersten Mal in der chilenischen Geschichte auch Angehörige der indigenen Völker und der Mapuche an, unter ihnen Elisa Loncón, die in einem symbolträchtigen Akt zu seiner ersten Präsidentin gewählt wurde. Gerade wird dort darüber debattiert, wie die politischen Institutionen des Landes umgestaltet und für neue Formen der politischen Vertretung geöffnet werden könnten: die Ent-Neoliberalisierung der Politik und die Wiedergewinnung des Politischen ist das Ziel. Die Region Valparaíso ist ein erster Versuch der Praxis. Mittlerweile stellt MODATIMA mit seinem Vorsitzenden Rodrigo Mundaca den ersten gewählten Gouverneur der Region, zu der auch das Trockengebiet gehört. Zum ersten Mal hat ein Vertreter einer sozialen Bewegung ein so bedeutendes öffentliches Amt inne.

*

Einen Tag nach Putins Überfall auf die Ukraine sind wir nach Chile gereist. Wir haben ein Land angetroffen, in dem für alle, mit denen wir sprachen, Politik wie ein Lebenselixier betrieben wird. Hier ist man und frau Mitglied, und zwar nicht Mitglied in einer Partei, sondern Mitglied in einer von vielen Bewegungen, die seit vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten um einen anderen politischen Entwurf des Landes ringen und das auch weiterhin tun werden. An einen „Marsch durch die Institutionen“ scheint nicht nur in Araucanía niemand zu glauben. Wunderwerke erwartet niemand – und in Aussicht stellt sie auch niemand. Vielmehr sind die politischen Mehrheiten, die es nach dem Estallido Social für eine neue Verfassung und für eine neue Regierung gab, ein weiterer Schritt, um auch auf der Ebene der Institutionen die längst angebrochene Transformation weiterzutreiben. Ein langer Marsch, nun auch mit den Institutionen. Eine Insel gut begründeter Hoffnung, für uns alle.

Im zweiten Teil ihrer Reportage schreiben Katja Maurer und Mario Neumann über eine neue Generation junger Aktivist:innen in den Städten, die Erneuerungsbemühungen der Linken und den Verfassungskonvent.

Im Podcast und im medico-Blog finden sich aktuelle Interviews zum Feminismus in Chile und zum Antritt der neuen Regierung.

www.medico.de/verbinden



Mario Neumann, Soziologe und u.a. Mitglied der Rundschreiben-Redaktion, kennt einige Länder Lateinamerikas, war aber zum ersten Mal in Chile und erlebte eine junge Generation im Aufbruch.



Katja Maurer war zuletzt 1985 in Chile. Ihr persönlichstes Erlebnis: Präsident Boric zitiert Allendes letzten Satz: „Es werden freie Frauen und Männer auf den großen Straßen gehen.“

Die Reise nach Chile war eine Wiederbegegnung mit alten Projektpartnern und neuen Kolleg:innen, die wir über die Konferenz zur „[Re-]Konstruktion der Welt“ im Februar 2021 kennengelernt haben. Mit vielen Ideen für konkrete Unterstützung für die neue Verfassung, für die Menschenrechtsarbeit und für sozial-ökologische und feministische Arbeiten sind wir zurückgekehrt.

Spendenstichwort: Chile



Im ehemaligen Parlamentsgebäude in Santiago tagt heute der Verfassungskonvent.



Freie Wasser – eine landesweite Forderung.



Der neue Präsident Boric hält seine Antrittsrede von der Moneda aus.

Solidarität muss kritisch bleiben

Nicaragua ist zur Diktatur geworden. Was bleibt von der Revolution von einst? Ein Interview mit dem scheidenden medico-Kollegen Dieter Müller



Foto: medico

Dieter Müller, hier 2011 in Nicaragua, hat über 30 Jahre die Arbeit von medico maßgeblich mit gestaltet. Er hat das medico-Büro in Palästina geleitet und war zuletzt für den Themenbereich Globale Gesundheit zuständig. Vor allem aber hat er die Arbeit von medico mit Partnerorganisationen in Zentralamerika geprägt – auch schon, als dies noch als Befreiungshilfe galt. Das Interview ist auch ein Gespräch zum Abschied. Denn Dieter Müller übernimmt die Büroleitung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko. Alles Gute!

In einem Text von dir aus dem Jahr 2009 zum 30. Jahrestag der Sandinistischen Revolution zitierst du die ehemalige Guerilla-Kämpferin Dora María Téllez: „Ich glaube nicht, dass die Revolution verloren ging. Sie war erfolgreich. Je mehr Zeit vergeht, desto überzeugter bin ich davon. In den Köpfen der Nicaraguaner wurde verankert, dass sie Rechte haben: Menschenrechte, politische und soziale Rechte.“ Würdest du das heute noch so unterschreiben?

Absolut. Viele Menschen, die ich über die medico-Projekte in Nicaragua wie das Dorf-Projekt El Tanque kennengelernt habe, hatten genau diese Grundhaltung: Sie hatten in der Revolution Selbstwertgefühl, Stärke und Unabhängigkeit entwickelt, die bleiben. Angesichts des Versagens der sandinistischen Partei aber frage ich mich, wer künftig noch Erinnerung an eine Revolution in dem positiven Sinne haben wird, wie sie Dora María beschreibt. Von der Verherrlichung Ortegas haben die nachfolgenden Generationen zunehmend die Nase voll. Heute verbindet man mit der Revolution eine Riesenbühne voller Blumen und Honoratioren. Das ist nicht das Bild, das Dora María gezeichnet hat. Das ist das Bild einer arroganten Elite, die nichts mehr gemein hat mit den Revolutionär:innen von einst.

Gehen wir einige Jahrzehnte zurück. Als medico sein Engagement in Nicaragua anfang, stand noch das Konzept „Befreiungshilfe“ im Vordergrund. Was bedeutete das?

Die Erfolge der antikolonialen Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent hatten eine Aufbruchsstimmung ausgelöst, die auch für medio lange sehr prägend war. Im Schulterchluss mit den neuen Regierungen ging es darum, das gemeinsame Ziel des Rechts auf Gesundheit, die Bedeutung von primärer Gesundheitsversorgung in die Praxis umzusetzen. Als 1979 die Revolution in Nicaragua gesiegt und sich das Land von einer brutalen Diktatur befreit hatte, war klar, dass auch hier der Gesundheitsbereich ein zentraler Faktor beim Aufbau eines neuen Staatswesens sein würde. Das nicaraguanische Gesundheitsministerium bat medico um Unterstützung. Weil im Norden des Landes relativ schnell der Krieg gegen die Contras begann, sollte medico helfen, im Süden in der Provinz Río San Juan das Prinzip der Gesundheit für Alle konkret zu verwirklichen. Es ging um Gesundheitsposten in Dörfern, Gesundheitszentren und um ein Kreiskrankenhaus in der Provinzhauptstadt. Zudem sollte eine Krankenschwesternschule in San Carlos für die Ausbildung lokalen Personals entstehen. All das ist tatsächlich verwirklicht worden – auch dank der massiven weltweiten Solidarität.

1990 kam ein Umbruch: Die FSLN verlor die Wahlen gegen ein von den USA unterstütztes antisandinistische Wahlbündnis.

Ja, und es passierte, was wir befürchtet hatten: Das Modell einer basisorientierten, auf den Menschen zentrierten Gesundheitsvorsorge und -versorgung hatte keine Priorität mehr. Wir konnten unser bisheriges Engagement an der Seite des Staates nicht fortsetzen, schließlich wollten wir kein Feigenblatt sein. Also sind wir dazu übergegangen, diejenigen zu unterstützen, die sich unter den neuen Bedingungen wei-

ter für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte einsetzten. Ein ganz wichtiger Bereich war die Frauengesundheit. Denn die damalige sandinistische Regierung hatte die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen nicht verbindlich verankert. Schon damals hatten Teile der sandinistischen Frauenbewegung begonnen, sich unabhängig von der Partei mit ihren patriarchalen Strukturen zu organisieren und zu artikulieren. Dabei entstanden Organisationen, mit denen wir zum Teil sehr lange kooperiert haben. Die Themen reichten von Geburtshilfe bis zu psychologischen Beratungsangeboten, die auch innerfamiliäre und sexualisierte Gewalt thematisierten.

Ein weiterer Einschnitt war 1998 Hurrikan Mitch, der riesige Zerstörungen anrichtete.

Vor Ort wussten die Leute um unsere Erfahrung mit integrierten Ansätzen: dass es in einer Katastrophe also nicht nur darum geht, Essenspakete zu verteilen und Notunterkünfte zu errichten. Als wir von Überlebenden gefragt wurden, ob wir sie unterstützen würden, Land zu besetzen und neu anzufangen, haben wir sofort zugesagt. Die Menschen brauchten eine neue Lebenswelt: Wohnraum, sauberes Wasser, Gesundheit, Bildung, Psychosoziales – es ging ums Ganze. Hieraus ist das Dorf El Tanque entstanden. Auch seine Genossenschaft gibt es bis heute. Trotz allen Drucks verkaufen die Menschen ihr Land nicht an die Zuckerrohr- und Erdnussindustrie. Sie sehen, dass es ihnen und ihren Kindern eine andere Zukunft ermöglicht.

Die FSLN kehrte 2007 an die Macht zurück. Verfolgte die Regierung damals noch ein Projekt gesellschaftlicher Veränderung? Oder hatte sie schon längst den autoritären Pfad eingeschlagen?

Schon Mitte der 1990er-Jahre war es in der FSLN zu internen Brüchen gekommen. Die Abwendung der Basis von der Partei vollzog sich aber langsamer und schleichend. Bei der Wiederwahl

verkörperte die FSLN bereits vollends eine Mischung aus paternalistischem, karitativem und kapitalistischem Ansatz, bei Beibehaltung einer revolutionären Rhetorik. Man muss allerdings sehen, dass die Regierung vor allem dank der Unterstützung aus Venezuela großzügige Sozialprogramme auflagen konnte. Die Kritik, dass solche Programme rein karitativ sind und nichts an den Strukturen ändern, wurde damals vor allem von den intellektuellen und politischen Ka-

Es braucht immer eine
kritische Masse und Kraft
außerhalb der Regierung.

dern und auch international geäußert. Viele Menschen aber haben Zinkbleche oder Lebensmittelrationen dankend angenommen – und sind der Partei treu geblieben. Damals haben diejenigen, die heute die orteguistische Elite bilden, dafür gesorgt, dass sich eine Wahlniederlage wie 1990 nicht wiederholt. Weder die politische Macht noch der Zugriff auf die ökonomischen Ressourcen sollte noch einmal verloren gehen. Zum Beispiel wurde die Hilfe aus Venezuela nicht mehr über den Staat, sondern über private Konstrukte verwaltet – eine Einladung zur Korruption.

2018 eskalierte die Situation: Die Regierung ließ die breite Protestbewegung, die sich im ganzen Land erhoben hatte, brutal niederschlagen. Warst du von dem Ausmaß der staatlichen Gewalt überrascht?

Als vor einigen Jahren die Proteste der Frauenbewegung massiv angegangen wurden und Polizei und Militär kurz darauf auch gegen die Bäuerinnen und Bauern vorgingen, die gegen die Planungen für einen interozeanischen Kanal protestierten, waren das Belege für eine zunehmende Repression. Die Gewalt fand auch

nicht isoliert statt, sondern wurde an verschiedenen Orten eingesetzt. Aus meiner Sicht war es trotzdem kaum absehbar, dass 2018 in Managua Straßenkämpfe stattfinden und Polizisten auf Studierende schießen würden.

Aus Demokratie und Aufbruch ist das Gegenteil geworden: ein erstarrtes System, in dem jede Form der Opposition unterdrückt wird. Die eingangs zitierte Dora María Téllez ist von einer politischen Justiz wegen Verschwörung verurteilt worden. Welche Fehler oder Versäumnisse der internationalen Linken haben zu dieser Entwicklung beigetragen?

Wir müssen uns intensiver damit auseinandersetzen, was kritische Solidarität aus linker Perspektive konkret bedeutet. Falsch verstandene Rücksichtnahme gegenüber real oder vermeintlich linken Regierungen halte ich für einen Fehler. Schon im Nicaragua der 1980er-Jahre hätte die internationale Linke zum Beispiel in Fragen der Frauenrechte, der Partizipation und auch der Rechte ethnischer Minderheiten deutlicher werden müssen. Es ist auch immer wichtig, dass es Akteur:innen gibt, die solidarisch, aber kritisch begleiten, was Linke in der Regierung machen. Es braucht eine kritische Masse und Kraft außerhalb. Aber die Hauptkritik müssen wir als internationale Linke an uns selber richten. Wir haben viel zu oft die Augen zugemacht. Angesichts unserer eigenen Unfähigkeit, bei uns im Globalen Norden etwas zu verändern, haben wir vieles auf andere Länder projiziert: „Möge dort die Befreiung stattfinden. Wir unterstützen sie.“ Insofern kann die Frage, was die Sandinist:innen für Fehler gemacht haben, nur zusammengehen mit der Frage danach, was wir falsch gemacht haben.

Interview: Moritz Krawinkel, Transkription: Anna Pagel



Dora María Téllez.

FÜR DORA MARÍA TÉLLEZ

Nicaragua. Am 4. Februar verurteilte ein Gericht die Freiheitskämpferin wegen Verschwörung. Ein Kommentar von Mónica Baltodano

Ich erinnere mich an Dora María Téllez in den 1970er-Jahren, eine junge Medizinstudentin auf den Fluren der Universität in León mit einem hippiehaften Künstlerblick. Sie wirkte nicht wie jemand, der in die Frente Sandinista eintreten und sich auf den revolutionären Kampf einlassen würde. Doch das tat sie. Warum, erklärte sie mir 1999 in einem Interview: „Die Diktatur wies all die Merkmale auf, die für Menschen mit einer gewissen Sensibilität unerträglich sind. Unterdrückung, Korruption, Konzentration der politischen Macht, Vetternwirtschaft und einiges mehr. Wenn Menschen sich selbst zu ernst nehmen, sind sie in der Regel unerträglich, denn sie haben nicht viel Sinn für das Leben.“

Nach dem Triumph der Revolution wurde Dora María der Ehrenrang der Comandante Guerrillera verliehen. In den 1980er-Jahren war sie Gesundheitsministerin, 1990 wurde sie als Abgeordnete der FSLN ins Parlament gewählt. 1995 verließ sie die Partei und gründete die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) mit. Die Antwort der FSLN – nun unter der Kontrolle Ortegas – war eine abscheuliche Diskreditierungskampagne, die sich vor allem gegen Dora María richtete. Als der MRS-Partei 2008 der legale Status aberkannt werden sollte, trat sie in einen Hungerstreik. Dieser war zwar erfolglos, aber die Sympathien, die er hervorrief, zeugten von wachsender Unterstützung. Für Ortegas Partei, die entschlossen war, sich um jeden Preis an der Macht zu halten, war das inakzeptabel. Der Autoritarismus war längst auf den Weg gebracht.

Die Positionen von Dora María lassen keinen Zweifel an ihrem Engagement für die Demokratisierung Nicaraguas. Nach ihrer Festnahme 2021 hat das Regime Dora María in rachsüchtiger und abscheulicher Weise isoliert gehalten. Nun ist sie eine der Ersten, die einem skrupellosen politischen Gerichtsverfahren unterworfen wurde. Dora María Téllez verdient es, respektiert und unterstützt zu werden. Sie war eine der herausragendsten Frauen im Kampf gegen die Somoza-Diktatur und sie ist heute eine der herausragendsten Frauen im Kampf gegen die Diktatur Ortegas und Murillos. Freiheit für alle 170 politischen Gefangenen!

Der Text erschien in einer längeren Version zuerst Anfang Februar 2022 auf der nicaraguanischen Nachrichtenseite El Confidencial. Die Ex-Guerrillera Mónica Baltodano ist langjährige medico-Partnerin. Popol Na, die Umweltorganisation, der sie vorstand, wurde 2018 vom Ortega-Regime verboten.

Suchbewe- gungen



Januar 2022: Demonstration zur Unterstützung der Interimsregierung nach dem Putsch in Mali.

Burkina Faso, Guinea, Mali: Westafrika zwischen Putschen und demokratischen Aufbrüchen

Von Olaf Bernau

Ob Pandemie, Klimawandel oder Ukraine-Krieg, inzwischen begreifen auch die Menschen in Europa, was es bedeutet, wenn von der Vielfachkrise die Rede ist. In anderen Weltregionen ist diese längst zum Normalfall geworden, etwa in Westafrika, wo in den vergangenen 18 Monaten drei gewählte Präsidenten von Militärs gestürzt wurden. Jeder dieser Putsche ist Brennpunkt einer komplizierten Krisendynamik, deren Wurzeln häufig bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Begonnen hat es im August 2020 in Mali: Nach monatelangen Massenprotesten stürzte die Armee unter großem Jubel der Bevölkerung Präsident Ibrahim Boubacar Keita. Dieser war durch Wahlmanipulation, Veruntreuung und Vetternwirtschaft in Misskredit geraten. Zudem zeigte er sich unfähig, gegen den dschihadistischen Terror im Zentrum und Norden des Landes effektiv vorzugehen.

Etwas anders in Guinea: Seit Anfang 2020 wurde das Küstenland von ethnisch aufgeladenen Spannungen erschüttert, nachdem sich Präsident Alpha Condé durch Verfassungsbruch eine dritte Amtszeit gesichert hatte. Überraschend intervenierte im September 2021 eine Antiterrorereinheit, die jedoch rasch das Vertrauen der Bevölkerung gewann, indem sie offensiv den Dialog suchte. In Burkina Faso putschte das Militär im Januar 2022 gegen Präsident Roch Marc Kaboré. Die allgemeine Sicherheitskrise hatte sich durch dschihadisti-

sche Gewalt zunehmend verschärft, davon zeugten mindestens 1,3 Millionen Binnenvertriebene, und auch hier stieß der Putsch auf breite Zustimmung.

Angesichts dieser Ausgangslage dürfte nicht überraschen, dass die Reaktionen in der internationalen Öffentlichkeit differenzierter ausfielen als üblich: Einerseits wurden die Putsche einhellig verurteilt – inklusive scharfer Sanktionen gegen Mali, dessen Übergangsregierung nicht nur auf einen selbstgewählten Wahltermin pochte, sondern auch russische Soldaten zur Terrorbekämpfung ins Land holte. Andererseits wurde freimütig zugestanden, dass es irreführend wäre, von konventionellen Staatsstreichen machthungriger Offiziere zu sprechen. Vielmehr setzte sich die Erkenntnis durch, dass wesentliche Teile der Bevölkerung mit den Putschen einen demokratischen Aufbruch verbinden. Die alten politischen Eliten gelten als verbrannt, die Menschen haben es schlicht satt, mit Fassadendemokratischen Wahlen abgespeist zu werden, ohne dass sich ihre ökonomische und soziale Lage spürbar verbessert. Nur so ist verständlich, dass sich im März 2021 bei einer repräsentativen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung 65,5 Prozent der Malier:innen zufrieden mit der Übergangsregierung zeigten. Außerdem meinten 8 von 10 Befragten, dass sie an den nächsten Wahlen teilnehmen wollten – weit mehr, als das üblicherweise der Fall ist.

Historische Rückblende

Die Putschs unterscheiden sich. Und doch gibt es gemeinsame Ursachen, wie ein Blick zurück zeigt: Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit sahen sich die neuen Regierungen mit dem Umstand konfrontiert, dass die vorkolonialen politischen Institutionen weitgehend zerschlagen waren – samt jener kulturell tief verankerten Mechanismen, die für eine Ausbalancierung widerstreitender Interessen sorgten. Hinzu kam, dass sich die wirtschaftliche Basis der Sahelländer als äußerst schwach erwies, vor allem war sie weit davon entfernt, die im Unabhängigkeitsprozess geweckten materiellen Erwartungen der Bevölkerung befriedigen zu können. Zusammen führte dies zu einer fatalen Dynamik: Zunächst übernahmen die jungen Unabhängigkeitseleiten den kolonialen



Immer wieder kommt es zu Protestaktionen: Die Bevölkerung hat genug von der staatlichen Korruption.

Kommandostaat. Sie nutzten nicht nur die alten Büros und administrative Infrastruktur, sondern hielten auch die despotische und zentralistische Logik kolonialer Herrschaft aufrecht. Das galt insbesondere im Umgang mit der bäuerlichen Bevölkerung, die rund 85 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Sodann – und dieser Punkt ist für das heutige Konfliktgeschehen noch elementarer – setzte sich die im Kolonialismus begonnene Marginalisierung der ländlichen Bevölkerung fort. Kleinbäuerliche Haushalte mussten zu Spottpreisen weltmarktgängige Cash Crops wie Kaffee oder Baumwolle sowie Lebensmittel für die Städte produzieren. Umgekehrt erfuhren die ländlichen Regionen keine eigenständige Förderung, vielmehr flossen die raren öffentlichen Mittel fast ausschließlich in die Städte und den Aufbau eines industriellen Grundstocks. Die klassische Idee eines Territorialstaates, der auch die Menschen in entlegenen Regionen mit Infrastruktur und staatlichen Basisdienstleistungen versorgt, blieb also bis in die Gegenwart ein uneingelöstes Versprechen.

Seit Mitte der 1980er-Jahre verschärfte die globale Verschuldungskrise den Gegensatz zwischen Staat und Bevölkerung einmal mehr. Zahlreiche Länder – auch Mali, Guinea und Burkina Faso – unterlagen gut 20 Jahre lang der vom IWF verordneten Rosskur neoliberaler Strukturanpassungsprogramme. Hierzu gehörten Privatisierungen, Marktöffnungen, Steuererleichterungen für transnationale Bergbaukonzerne oder massive Einschnitte im Staatshaushalt. Der senegalesische Ökonom Ndongo Samba Sylla spricht von einem „Abstieg in die Hölle“ – aus mehreren Gründen: Erstens wurden die nach der Unabhängigkeit erzielten wirtschaftlichen Fortschritte zunichtegemacht, darunter Ansätze von Industrialisierung. Zweitens ging der wirtschaftliche Niedergang mit erheblichen Verarmungsprozessen einher.

Drittens wurde die ohnehin fragile Staatlichkeit weiter geschwächt, also auch die Präsenz staatlicher Institutionen in ländlichen Gebieten. Und viertens hat die seit den frühen 1990er-Jahren eingeführte Mehrparteiendemokratie – zusammen mit der Strukturanpassungspolitik – korrupte Verhaltensweisen aller Couleur befeuert und somit die Glaubwürdigkeit sogenannter westlicher Werte und Prinzipien massiv beschädigt.

Staatsversagen und Dschihadismus

Doch damit nicht genug. In den frühen 2000er-Jahren setzte die neoliberale Globalisierung ihren Siegeszug fort, was nach innen und außen die wirtschaftlichen Asymmetrien vertiefte – trotz eines kurzfristigen Aufschwungs durch stark angestiegene Rohstoffpreise. Zudem traten immer öfter bewaffnete Dschihadisten auf den Plan und stifteten eine explosive Mischung, wie Abdoulaye Diallo während einer Protestkundgebung der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON im Februar 2021 in Mali betonte: „Keines der Felder, die angeblich für uns Bauern aufbereitet wurden, wurde an uns vergeben. Die Beamten verkauften sie und machten nicht mal ein Geheimnis daraus! Diese leeren Versprechungen. Es sind nicht die Dschihadisten, es ist das politische System, was uns aussaugt. Würde man das politische System zerlegen, die ganzen Parasiten und den Dreck entfernen, wäre der Dschihadismus vorbei!“

Solche Schlaglichter zeigen, wie wichtig es ist, den Menschen in Westafrika endlich zuzuhören. Die von der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gegen Mali verhängten Sanktionen helfen in erster Linie den Präsidenten, die Angst vor Volkserhebungen in ihren eigenen Ländern haben. Gleichzeitig schaden sie der Masse der malischen Bevölke-

rung enorm. Und sie sind in der Lage, die Menschen noch weiter wegzutreiben – sei es in die Arme dschihadistischer Gruppierungen oder in jenes politische Lager, das Länder wie China, Russland oder die Türkei seit der Jahrtausendwende mittels wirtschaftlicher, politischer und militärischer Kooperationen als Alternative zum sogenannten Westen aufbauen. Demgegenüber gilt es, in Westafrika demokratische Räume zu schaffen, in denen sich die Bevölkerung frei entscheiden kann, wohin sich ihre Gesellschaften entwickeln sollen – einschließlich solcher politischer Institutionen, die echte Teilhabe von unten erlauben.



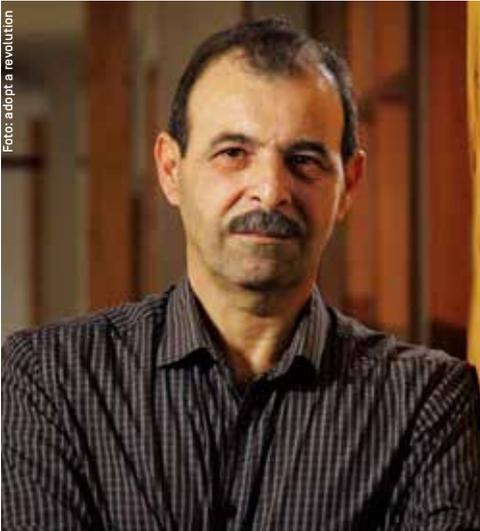
Olaf Bernau ist beim medico-Partnernetzwerk Afrique-Europe-Interact aktiv und bloggt zum Sahel. Jüngst ist bei C.H.Beck sein Buch „Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte“ erschienen.

Viele Länder Westafrikas sind Herkunfts- und Transitländer von Flüchtlingen und Migrant:innen. medico unterstützt Initiativen vor Ort, die Menschen auf der Flucht, nach einer erzwungenen Rückkehr und im blockierten Transit beistehen. Darüber hinaus fördert medico die transnationale Zusammenarbeit der kritischen Zivilgesellschaft in der Region, die sich im Westafrikanischen Netzwerk zur Verteidigung der Rechte von Migrant:innen, Geflüchteten, Asylbewerber:innen und der Freizügigkeit (ROA-PRODMAC) zusammengeschlossen hat. Ziel des Netzwerks ist die Dokumentation und juristische Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen und Migrant:innen.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Historisches Urteil

Ein Koblenzer Gericht verurteilt den Leiter eines syrischen Foltergefängnisses. Ein Interview mit dem Anwalt Anwar al Bunni über diesen Erfolg der Diaspora



Der in Berlin lebende syrische Rechtsanwalt Anwar al Bunni, ein langjähriger Kooperationspartner von medico international, hat mit seinen Kolleg:innen und ihren Recherchen maßgeblich zum Zustandekommen des Prozesses beigetragen.

Nach 107 Prozesstagen hat das Oberlandesgericht Koblenz Mitte Januar Anwar Raslan, der bis Dezember 2012 Leiter des berüchtigten Foltergefängnisses „Branch 251“ in Damaskus war und in 4.000 Fällen der Folter und in 58 Fällen des Mordes angeklagt war, zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Wie beurteilen Sie die Gerichtsverfahren in Deutschland wegen Menschenrechtsverletzungen in Syrien?

Die Verurteilung von Anwar Raslan in Koblenz ist ein historisches Ereignis. Es ist das erste Mal, dass ein hochrangiges Mitglied des syrischen Regimes wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wird. Folter und Verhaftungen sind das zentrale Unterdrückungsmittel des syrischen Regimes. Seit 2011 sind über eine Million Syrerinnen und Syrer verhaftet worden, alle Verhafteten werden gefoltert. Bis heute sind 105.000 Menschen aus den Haftanstalten verschwunden. Niemand weiß, ob sie noch leben. Die Chemiewaffen, die in Syrien eingesetzt wurden, kosteten 6.000 Menschenleben. Die Waffe aus Verhaftung und Folter hat mindestens 70.000 Leben gekostet. Deshalb ist das Urteil in Koblenz wegen Folter so wichtig. Es ist auch deshalb historisch, weil zum ersten Mal Gerechtigkeit vor einer politischen oder militärischen Lösung kommt. Bisher war es umgekehrt und haben die politischen Umstände darüber entschieden, wer vor Gericht gestellt wird und wem aus Opportunitätsgründen eine Amnestie gewährt wird. In diesem Fall ist es anders.

Es finden weitere Gerichtsprozesse gegen syrische Verdächtige statt. Welche sind die wichtigsten?

Gerade hat in Frankfurt ein Prozess begonnen. Der Angeklagte hat seinen Militärdienst

im Militärhospital von Homs absolviert und wechselte dann zur Militärsicherheit nach Damaskus. Er wird der Folter von Oppositionellen beschuldigt. Einige seiner Opfer haben ihn identifiziert. Im Sommer wird es in Deutschland einen weiteren Prozess gegen ein Mitglied einer palästinensischen Miliz geben, die auf Seiten des Regimes im Yarmouk-Camp kämpfte. Der Mann war an einem Checkpoint tätig, der den Zugang zum Lager kontrollierte. Man wirft ihm Folter und die Tötung von mindestens neun Menschen vor. Über 30 Personen soll er Schussverletzungen zugefügt und mehrere Frauen in der Moschee neben dem Checkpoint vergewaltigt haben. Wir arbeiten als Rechtsanwält:innen mit den Behörden in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Schweden zusammen daran, weitere Prozesse in die Wege zu leiten.

Sie haben die Zeugenaussagen gesammelt. Stammen sie alle, die Opfer und die Täter, aus der syrischen Diaspora in Europa?

Entweder haben Opfer die Täter erkannt oder sie wurden anderweitig entdeckt und die Opfer konnten sie anhand von Fotos identifizieren. Wir sammeln nicht nur Zeugenaussagen, sondern auch Beweise aus den sozialen Medien oder von anderen Organisationen, die Ereignisse so dokumentieren, dass wir sie vor Gericht verwerten können. Wir arbeiten auch eng mit der von der UNO eingerichteten Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für die Arabische Republik Syrien (Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic) und anderen internationalen Institutionen zusammen.

Könnte man sagen, dass die syrische Diaspora in Organisationen wie Ihrer eine eigene Art von parastaatlicher Infrastruktur besitzt, in der – trotz des Exils – das Recht aufscheint?

Genauso ist es. Viele syrische Organisationen haben in der Vergangenheit Verbrechen doku-

mentiert oder Lobbyarbeit geleistet. Das sind Aktivist:innen. Aber für die Rechtsprechung braucht es Anwält:innen, um rechtskräftige Beweise zu sichern und juristisch haltbare Zeugenaussagen zu bekommen. Deshalb besteht unsere Organisation nur aus Rechtsanwält:innen, hier und in Syrien. Dezeit bilden wir 30 syrische Anwält:innen in ganz Europa aus, Beweise so zu sammeln und Zeugenaussagen zu dokumentieren, dass sie in Europa rechtsgültig sind.

Wie sehen Sie die Rolle der deutschen Justiz? Sind diese Prozesse eine neue Form von transnationalem Recht?

Die Möglichkeit einer universellen Rechtsprechung wurde dem Grundgesetz 2002 zugefügt. Es gab schon andere internationale Prozesse. Es wurden spezielle Polizei- und juristische Einheiten in Deutschland geschaffen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit seither untersuchen. Bislang sind die meisten Untersuchungen dieser Einheiten allerdings aus unterschiedlichen Gründen nicht vor Gericht gekommen. Dass es jetzt zum ersten Mal gelungen ist, ein Gerichtsverfahren durchzuführen und zum Abschluss zu bringen, liegt auch daran, dass es in Deutschland eine sehr große syrische Diaspora gibt.

Warum haben die Täter Syrien verlassen?

Wir haben eine Studie in der nach 2015 in Deutschland entstandenen syrischen Diaspora gemacht und festgestellt, dass 60 bis 70 Prozent der Menschen nicht deshalb geflohen sind, weil sie in Schwierigkeiten mit dem Assad-Regime geraten waren. Viele derjenigen, die wirklich vor Assad geflohen sind, haben oft nicht das Geld, um bis nach Europa zu gelangen. Sie leben in der Türkei oder im Libanon. Die meisten Geflüchteten in Europa wollten dem Militärdienst oder der ökonomischen Misere entkommen. Wir haben sogar Berichten vorliegen, denen zufolge das Assad-Regime

Getreue gezielt nach Europa geschickt hat, um auch hier auf eine treue Unterstützergemeinde zugreifen zu können. Der in Koblenz verurteilte Anwar Raslan etwa ist mit einem Sonderauftrag des Regimes hierher geschickt worden. Nie hätten Täter wie er gedacht, dass ihnen hier etwas zustoßen kann. Schließlich würde der Internationale Strafgerichtshof (ICC) aufgrund des Vetos von Russland und China nicht gegen syrische Verbrechen vorgehen. Alle der jetzt Angeklagten lebten in einer komfortablen Situation. Dass dieser Prozess

Es ist auch deshalb historisch, weil zum ersten Mal Gerechtigkeit vor einer politischen oder militärischen Lösung kommt.

stattfand und mit einem Urteil zu Ende ging, hat alle überrascht, selbst die Opfer. Die große Bedeutung des Koblenzer Prozesses besteht auch darin, dass er nicht von der internationalen Gemeinschaft ausging, sondern vom Willen der Opfer. Das Koblenzer Verfahren ist Teil von Strafanzeigen, die von etwa 100 Syrern:innen in Deutschland, Österreich, Schweden und Norwegen eingereicht wurden. So etwas hat es nie zuvor gegeben.

Was bedeuten die Verfahren für die offenkundig sehr diverse Diaspora in Europa?

Alle, die an ein demokratisches Syrien glauben, sind sehr froh über die Verfahren; alle, die Verbrechen begangen haben, fürchten sich nun. Wir gehen davon aus, dass mehr als 1.000 Kriegsverbrecher hier leben, nicht nur vom Regime, sondern auch von ISIS und an-

deren bewaffneten Gruppen. Wir versuchen das alles zu verfolgen. Der Prozess zeigt auch Wirkung auf die syrische Community, die schon lange in Deutschland lebt und unter denen es Assad-Anhänger:innen gibt. Sie glaubten die Propaganda des Regimes, wie sie über die staatlichen Medien-Kanäle übertragen wurde. Dieser Prozess hat herrschende Bilder und Gewissheiten verschoben.

Was bedeuten diese Verfahren für ein künftiges Syrien?

Jetzt ist klar, dass es keine Normalisierung mit diesem Regime und seinen Verbrechern geben kann. Jetzt gibt es nicht nur Vorwürfe, sondern rechtskräftige Urteile. Es handelt sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und es wird weitere Verfahren geben, die das bestätigen.

Interview: Katja Maurer

medico international unterstützt seit vielen Jahren die Arbeit zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in syrischen Gefängnissen. Dazu zählt auch die Unterstützung von juristischem Beistand für Inhaftierte in Syrien und die Arbeit des MENA Prison Forums. Letzteres beschäftigt sich mit der Aufarbeitung des Gefängnisystems als systematische Herrschaftsmethode im Mittleren Osten und Nordafrika.

Spendenstichworte: Syrien und Libanon



Vor dem letzten Prozesstag in Koblenz.



Luftaufnahme des Gefängnis Komplexes Al Khatib.

Kampf ums Atmen

In letzter Konsequenz schnürt Herrschaft die Luftzufuhr ab. Über Analogien zwischen Kolonialismus, rassistischer Polizeigewalt, Pandemie und Klimakrise

Von Vanessa E. Thompson

Ich möchte einige Gedanken aufwerfen, die die Frage nach der Hierarchisierung von Leben in der Pandemie und darüber hinaus an die Bedingungen von Atmen knüpfen. Ich lehne mich dabei vor allem an Betrachtungen des antikolonialen Theoretikers Frantz Fanon an. In seiner Analyse des Kolonialismus – vor allem des französischen Kolonialismus – argumentiert er, dass die Akkumulationsprozesse des kolonialen Kapitalismus mit der sozialen Produktion von Differenz verschränkt sind. So beschreibt auch Cedric Robinson in seinem Werk „Black Marxism“, dass nicht nur der Reichtum Europas, sondern auch die Ermöglichung von Lohnarbeitsverhältnissen, also von „freier“ und zugleich „unfreier“ Arbeit, von der rassifizierten Überausbeutung auf den Plantagen und in den Kolonien (auch innerhalb Europas) abhängt. Für Fanon wirkt sich das auf Fragen von Gewalt, Polizei, Subjektivierungsprozessen, Anrufungsdynamiken und Macht aus. So betont er in „Die Verdammten dieser Erde“, dass die Polizei in der kolonialen Situation immer gewaltvoll ist: „Die kolonisierte Welt ist eine zweigeteilte Welt. Die Trennungslinie, die Grenze wird durch Kasernen und Polizeiposten markiert. Der rechtmäßige und institutionelle Gesprächspartner des Kolonisierten, der Wortführer des Kolonialherrn und der Unterdrückungsregimes ist der Gendarm und der Soldat [...], die ohne jede Vermittlung, durch direktes und ständiges Eingreifen den Kontakt zum

Kolonisierten aufrechterhalten und ihm mit Gewehrkolbenschlägen und Napalmbomben raten, sich nicht zu rühren.“

Fanon macht hier deutlich, dass für bestimmte Gruppen der Ausnahmezustand einen alltäglichen Zustand darstellt. Gewalt operiert weniger über Disziplinierung und Selbstfügung, sondern vor allem direkt und unvermittelt. Die Historisierungen polizeilicher Gewalttechniken und Techniken der Bestrafung sind hilfreich, um aktuelle rassifizierte Gewaltförmigkeiten im „karzeralen“ (strafenden) Kapitalismus sowie die differenzielle Funktionsweise der Polizei besser in den Blick zu bekommen. Besonders aktuell an Fanons Arbeiten ist hierbei seine Analyse der Verunmöglichkeit von Atmen: „Under these conditions, the individual’s breathing is an observed, and occupied breathing. It is a combat breathing.“

Combat breathing, eine „Kampfatemung“, verkörpert das Ringen nach Atem, das Schnappen nach Luft, das Abdrücken der Luftzufuhr, die Kurzatmigkeit, die Panikattacke, die langsame Verunmöglichkeit von Atmen, sei es durch transgenerationalen Schmerz, durch Umwelt-rassismus oder den schnellen Tod durch Asphyxie infolge einer Verengung der Atemwege durch Wasser beim Ertrinken – im Schwarzen Mittelmeer. Atmen ist eine elementare Form des Austausches mit und in der Welt. Atmen

ist Bedingung für Sozialität und für das In-Kontakt-Sein mit der menschlichen und nicht-menschlichen Welt. Gleichzeitig ist jeder neue Atem, also jeder Atemzug ein Neuanfang, mit Arendt gedacht „weltpmachend“. Für Fanon ist die Verunmöglichung von Atmen damit mehr als eine Metapher und es ist bei Weitem nicht auf die individuelle Ebene zu reduzieren. Er beschreibt eine historische und materialistische Bedingung, hervorgebracht durch einen „racial capitalism“ und von diesem reproduziert. In einer viel zitierten Passage schreibt Fanon: „Wenn wir revoltieren, dann nicht für eine bestimmte Kultur. Wir revoltieren einfach, weil wir aus vielen Gründen nicht mehr atmen können.“ Aus vielen Gründen bzw. in mehr als einem Sinne des Wortes.

In den vergangenen Jahren haben sich die Verunmöglichung von Atmen zum einen durch Polizeigewalt bzw. das Polizieren und zum Zweiten durch die Pandemie bzw. ein Virus verdichtet. Die Pandemie hat die Atemlosigkeit, die Kampfatumung, zu einer globalen Bedingung gemacht. Doch diese Verhältnisse sind, wie auch Prozesse und Erfahrungen durch Ausbeutung, Polizieren, Grenzen und Militarismus, differenziell: Sie treffen rassifizierte Arbeiter:innen und abhängige Länder im Globalen Süden sowie diejenigen, die unter dem Embargo des Empire stehen, am härtesten. Meist migrantische Arbeiter:innen – im Pflegebereich, in Supermärkten, öffentlichen Verkehrsmitteln, Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie – sind nicht nur „unverzichtbar“ für die soziale Reproduktion der Gesellschaft, sie sind auch unverhältnismäßig stark dem Virus und damit einem frühzeitigen Tod ausgesetzt. Während einige von uns von zu Hause aus arbeiten können, werden sie, ebenso wie weitere Arme, die Wohnungslosen und die Illegalisierten, entweder als Material für die Produktion von Wert oder in Lagern, Gefängnissen oder Knästen festgehalten und

als überflüssig betrachtet. Manchmal auch beides. Auf globaler Ebene besteht die Gefahr, dass der Impfnationalismus, die globale Pharmaindustrie und Eigentumsrechte Gesundheit weiter als Vektor einer sanitären globalen „color line“ mobilisieren, um mit W.E.B. Du Bois zu sprechen, die durch neokoloniale Geografien verläuft. Und während Länder des Globalen Südens wie Südafrika die internationale „Gemeinschaft“ auffordern, sie atmen zu lassen und auf die Regeln des geistigen Eigentums für Covid-Impfstoffe zu verzichten, scheint das Atmen selbst zu einer Ware geworden zu sein. Es gibt einen dritten Begriff des Nichtatmens,

Kampfatumung ist die langsame Verunmöglichung von Atmen.
Gleichzeitig ist jeder Atemzug ein Neuanfang, mit Arendt gedacht „weltpmachend“.

der Atemlosigkeit: das Atmen der Umwelt, der Erde, „in mehr als einem Sinn des Wortes“. Bei Fanon wird auch diese dritte Form implizit angesprochen. Für ihn ist die Kondition der Verdammten dieser Erde auch verknüpft mit der Verdammung der Erde: Umweltverschmutzung, fossile Brennstoffe und Kohlenstoff schaffen nicht nur ein Ungleichgewicht, sondern zerstören die Beziehungen zwischen den Elementen, den Ökologien und den menschlichen und nichtmenschlichen Interaktionen. Die Ozeane und Wälder haben so viel Kohlendioxid aufgenommen, dass sie zu ersticken drohen. Atemlosigkeit in mehr als einem Sinne des Wortes, aus vielen Gründen. Während es immer heißer wird, fällt es den Menschen in vielen Teilen der Welt, besonders entlang postkolonialer globaler Geografien der Ungleichheit, schwer zu atmen. Auch Dürreperioden,

Brände und immense Hitze sind Auswirkungen einer Welt, die sich in einer Kampfzornung befindet.

„Verlassen wir dieses Europa“, schreibt Fanon. „Verlassen wir dieses Europa, in dem sie nie aufhören, vom Menschen zu reden, und doch Menschen ermorden, wo immer sie sie finden, an jeder Ecke ihrer eigenen Straßen, in allen Winkeln der Welt.“ Europa meint hier nicht einfach einen Ort, sondern bezieht sich eher auf eine spezifische koloniale und imperiale Lebens-, Produktions- und auch Beziehungsweise, die längst globalisiert ist. Ich verstehe das Verlassen Europas als ein Projekt, das sich den europäischen Idealen und politischen Konzepten, die stets auf nekropolitischen Ausschüssen beruhen – Menschenrechte, liberale Demokratie, Flüchtlingskonventionen, Staatsbürger:innenschaft, Nationen etc. –, in Richtung neuer und alternativer Produktions- und Beziehungsweisen widersetzt.

Der rassifizierte und vergeschlechtlichte Kapitalismus, die Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Ressourcen und Lebenswelten, die Enteignungen und die Expansion der Sicherheits- und Grenzpolitiken, die Kriminalisierung überflüssig gewordener Bevölkerungen und die sanitäre Apartheid: Die grundlegenden Probleme und Krisen, mit denen wir heute konfrontiert sind, können nicht durch Formen der liberalen Inklusion gelöst werden. Europa zu verlassen bedeutet im Sinne Fanons, mit den grundlegenden politischen und sozialen Kategorien, Ökonomien und Beziehungen zu brechen und gleichzeitig Welten neu zu entwerfen. Das geschieht bereits. Imaginationen und Praktiken neuer Welten und Beziehungsweisen werden im Kleinen erprobt. Abolitionistische Ansätze versuchen, die Bedingungen von Gewalt und ihre Manifestation in strafenden Institutionen, Politiken, Ökonomien und Beziehungen der Ausbeutung zu überwinden.

Solche Projekte und Geografien, die die Möglichkeiten radikalen gesellschaftlichen Wandels vorausdeutend erproben, finden sich in den Archiven und alltäglichen Widerständen – zum Beispiel von selbstorganisierten Initiativen von Geflüchteten und Unterstützer:innen wie der Bewegung der Sans-Papiers, Gruppen wie Refugees for Refugees, dem Migrant Solidarity Network oder Women in Exile und ihren Widerständen gegen Lager, Polizei, Isolation, Grenzregime und Ausbeutung und für Unterstützungsstrukturen, Gesundheitsversorgung, Bewegungsfreiheit und ein würdevolles Leben. Auch im Rahmen der Widerstände von Klimaaktivist:innen aus dem Globalen Süden, die den menschengemachten Klimawandel nicht losgelöst von kolonialen Kontinuitäten thematisieren, finden sich alternative Beziehungsweisen zur menschlichen und nichtmenschlichen Welt, einer abolitionistischen Sorge um die Welt. Wut, Trauer, Sorge um die Welt, Affekte und Gefühle sind dabei nicht einfach präpolitisch. Sie sind wesentlich in den politischen Kämpfen und Imaginationen des Lebens und Atmens zu verorten.



Vanessa Eileen Thompson ist seit Kurzem Assistant Professor am Department of Gender Studies an der Queens University in Kingston, Kanada. Zu ihren Schwerpunkten zählen auch kritische Rassismus- und Migrationsforschung sowie Black Studies.

Dies ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung des Inputs, den Vanessa E. Thompson im Panel „Jedes Leben zählt? Von Trauer und Wut“ der medico-Ringvorlesung Turbulente Psyche(n) gegeben hat.



DIE ERSCHÜTTERUNGEN ERKUNDET

Rückblick auf die Ringvorlesung „Turbulente Psyche[n] – Affekte und Kämpfe in der Pandemie“

Kurz vor der Auftaktveranstaltung schickte Rita Segato eine Mail. Die feministische Intellektuelle schrieb, dass sie ihren Beitrag leider verschieben müsse. Denn: „Ich muss in die USA, darf aber nicht einreisen, weil ich in Argentinien mit dem Impfstoff Sputnik geimpft wurde. Daher muss ich jetzt schnell für eine Impfung mit Johnson & Johnson nach Brasilien fliegen. Eine Umarmung.“ So geriet die Ringvorlesung selbst durch Corona in Turbulenzen und der Name wurde in mehrfacher Hinsicht zum Programm.

Im Fokus der von medico mit dem Institut für Sozialforschung und dem Institut für Humangeographie organisierten Reihe standen die psychosozialen Dimensionen und „affektiven Nebenwirkungen“ der Pandemie im Politischen – von Ängsten und Ohnmachtsgefühlen über Trauer und Depression bis zu Wut und Sehnsucht. Erkundet wurden diese von Oktober bis Februar von elf Referentinnen und einem Referenten aus sechs Kontinenten bei gut besuchten virtuellen Veranstaltungen. So machten Mpumi Zondi aus Südafrika und Clemencia Correa aus Mexiko – beide arbeiten als psychosoziale Begleiterinnen – deutlich, dass die Erfahrungen der Pandemie mit struktureller und patriarchaler Gewalt aufs engste verschränkt sind. Andere Krisen und psychische Zumutungen verschärfen sich dadurch dramatisch. Die Soziologin Vanessa Thompson verband das Virus symbolisch-diskursiv mit rassifizierter (Polizei-)Gewalt und Logiken kolonialer Herrschaft: Hier wie da drohe das Atmen verunmöglicht zu werden.

Durch die Sitzungen hindurch zog sich die Frage nach einem „wir“: Gibt es trotz der unterschiedlichen Erfahrungen eine Art von gemeinsamer Subjektivität durch die Pandemie? Und wie können widerständige Räume der Empathie und Solidarität entstehen? Die feministische Aktivistin Verónica Gago sprach von einer „Reziprozität, noch jenseits der Solidarität“: Es gehe darum, aus den Zwischenräumen heraus andere Beziehungsweisen zu entwickeln. Auch die Philosophin Eva von Redecker setzte auf die Zwischenräume und bejahte die Frage, ob die „Revolution für das Leben auch unter Bedingungen der Polypandemie“ möglich sei (siehe Seite 16). Über alle Ungleichheiten hinweg artikulierte sich der Wunsch, sich zu verbinden und das transnationale Gespräch fortzusetzen.

Julia Manek und Usche Merk

Alle Beiträge der Reihe, auch die von Elsa Dorlin, Julia Dück, Nadia Mahmood, Tobias Matzner, Koketso Moeti und Djamilia Ribeiro, sind in einer Mediathek dokumentiert. www.medico.de/turbulenzen

Lehren aus der Corona-Politik

Über staatliche Panikreaktionen, Zero-Covid und die Deregulierung des Gesundheitswesens. Ein Interview mit Karl Heinz Roth



Karl Heinz Roth, einst Hamburger SDS-Aktivist, ist mit seinem materialistischen Blick wichtiger Autor für die radikale Linke. Bis 1997 war er als Hausarzt in einer Gemeinschaftspraxis in Hamburg St. Pauli tätig. Außerdem hat er die Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts mitgegründet. Im Januar erschien sein Buch „Blinde Passagiere – die Corona-Krise und die Folgen“ (Antje Kunstmann, 503 Seiten).

Dein Buch „Blinde Passagiere – die Corona-Krise und die Folgen“ enthält eine provokante und streitbare These: Lockdowns hätte es nicht geben müssen. Wie begründest du das?

Lockdowns hätte es nicht geben müssen, wenn nicht vorher entscheidende Fehler gemacht worden wären, die zu einer Panikreaktion der politischen und wissenschaftlichen Entscheidungs- und Beratungszentren geführt haben.

Zum einen haben die Frühwarnsysteme versagt, und zwar nicht nur in China, sondern weltweit. Zum anderen gab es keine Vorräte an Instrumenten und Materialien der Basishygiene, um mit infektionshygienischen und Public-Health-Maßnahmen in einem guten epidemiologischen Sinne vorzugehen. Als klar wurde, dass diese Pandemie nicht mehr aufzuhalten ist, geschah etwas, was ich sehr bestürzend fand: Statt adäquate Gegenmaßnahmen zu entwickeln, wurde eine Holzhammermethode angewandt. Man führte einen allgemeinen Shutdown, Mobilitäts- und Kontaktbeschränkungen, Schul- und Universitätschließungen bis hin zur Schließung nichtessenzieller Betriebe durch, obwohl diese Pandemie – und das war schon seit Februar 2020 klar – ganz andere Prioritäten verlangt hätte.

Dabei war es eigentlich eine Pandemie mit Ansage. Du hast in deinem Buch sehr genau nachvollzogen, wie sich die Staaten und globalen Institutionen auf solche Pandemien vorbereitet haben. Weshalb kam es trotzdem zu einer solchen Panik?

Zu Beginn der 2000er-Jahre waren die Länder gut vorbereitet. Damals waren im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation Szenarien entwickelt, die zur Gründung und Etablierung nationaler Pandemiepläne führten. Diese sahen

Maßnahmen der Epidemiologie, der Infektionshygiene, Schutzmaßnahmen, die Bevorratung von Schutzkleidung, Masken, Desinfektionsmitteln usw. vor. Trotz der begrenzten Pandemien SARS-1 2002/03 und MERS-Pandemie 2012/13 verlor die Vorhaltung spezifischer Infektionsmaßnahmen im Laufe der Jahre an Bedeutung. Stattdessen setzte man auf sinnlose Medikamente und Impfstoffplanung. Die Pharmaindustrie und auch die Großstiftungen haben sich immer stärker eingemischt und eine Asymmetrie hergestellt, die am Ende völlig ineffizient war.

In deinem Buch schreibst du, dass die Pandemiepläne immer auf Worst-Case-Szenarien basierten. Wie erklärst du dir das?

Das hatte mit der Tradition des Kalten Krieges zu tun. Zum Teil waren Katastrophenschutzinstitutionen, die zuvor für den Atomkriegsfall zuständig waren, in den Pandemieschutz übergewechselt. Sie brachten dieses Denken in großen Zahlen mit. Obwohl klar war, dass eine Pandemie ganz anders verlaufen würde, rechnete man mit 30 bis 50 Millionen Toten. Das alles führte zu einem Tunnelblick. Eine konkrete gesundheitspolitische Vorsorge fand nicht statt. Das Scheitern der Pandemievorsorge hat also strukturelle Gründe: mentale Gründe und vor allem ökonomische Gründe, nämlich der wachsende Einfluss der Pharmaindustrie und der Großstiftungen auf das Gesundheitswesen.

Ist diese Pandemievorsorge exemplarisch für viele Katastrophenszenarien, die heute kursieren? Es wird nicht mehr über die Möglichkeit der Ursachenbekämpfung nachgedacht?

Ich glaube, dass bei den zentralen Akteur:innen unbewusst ein Ohnmachtsgefühl vorliegt. Ich habe mir einige der Handelnden in den USA und auch im Robert Koch-Institut genauer angesehen. Sie agierten ohne eine Perspektive, sie hatten keine Bodenhaftung. Das Ohnmachtsgefühl rührte meines Erachtens daher,

dass sie wussten, dass ein kommerzialisiertes und ökonomisiertes Gesundheitswesen ohne Reservekapazitäten in einer Pandemie überfordert ist. Ein dereguliertes Krankenhauswesen arbeitet im Normalfall bereits am Limit. Was darüber hinausgeht, ist bereits eine Katastrophe. Und so ist es eingetreten. Die Planspiele hätten eigentlich zur Konsequenz haben müssen, dass die Weichen neu gestellt werden und die Kommerzialisierung des Gesundheits- und Krankenhauswesens gestoppt wird. In der Vorbereitung auf eine kommende Pandemie gab es jedoch eine Vermeidungsstrategie, eine Art Verdrängungsmechanismus. Deshalb die Ohnmacht, als die Pandemie tatsächlich eintrat.

In welchem Zusammenhang steht die Coronapandemie mit der kapitalistischen Produktionsweise?

Der heutige Kapitalismus produziert und verursacht eine immer größere Zerstörung von Naturressourcen und von Ökosystemen. Die Gesellschaften rücken stetig näher an den Rand dieser Ökosysteme und es entstehen „zoonotische Grauzonen“, in denen Übertragungen von Viren stattfinden können wie die Coronaviren von Fledermäusen über Zwischenwirte auf den Menschen. Das ist auch eine Folge der Massentierhaltung. Die Klimakatastrophe ist ein weiterer Beschleuniger. Aktuelle Forschungserkenntnisse zeigen, dass sich die Fledermauspopulationen in Südostasien aufgrund des Klimawandels verlagert und ausgebreitet haben. In der Tat befinden wir uns in einer epochalen Situation. Wie das weitergeht, ist völlig offen. Nehmen wir das Beispiel China: China hat einen brutalen Lockdown gefahren und damit eine unglaublich effiziente epidemiologische Bekämpfungsstrategie verbunden. Es hat die individuellen sozialen Freiheitsrechte systematisch beseitigt, gleichzeitig die Menschen geschützt und versorgt. So entsteht eine ganz neue Variante des Kapitalismus. Ich nenne sie, etwas hilflos, einen „absolutistischen Kapitalismus“.

lismus“, wo eine Kaderpartei ganz neue Dimensionen gesetzt hat. Das Problem besteht darin, dass die Zero-Covid-Strategie Chinas angesichts von Omikron und seinen unkontrollierbaren Subvarianten möglicherweise ziemlich bald an ihre Grenzen gerät.

Wie konnte China für viele, unabhängig von der politischen Haltung, zum „heimlichen“ Vorbild werden?

China hat eine Trigger-Funktion für die herrschenden Eliten, aber leider auch für einen Großteil der Linken. In den ersten Papieren, die ich von den Initiator:innen der Zero-Covid-Kampagne in Deutschland gelesen habe, wird China als Bezug offen benannt. Dann kam die vehemente Kritik wegen der extrem autoritären und entmündigenden Formen der Cordons sanitaires, weswegen dann lieber Australien und Neuseeland genannt wurden, wo die Betriebe ebenfalls in den Shutdown einbezogen waren. Man muss sich auch die Folgen der Strategie Chinas ansehen. Das Land hat sich nach außen vollkommen abgeschottet. Es hat in der Auseinandersetzung um die Entstehung und Ausbreitung der Pandemie einen extremen Nationalismus in Gang gesetzt. Das hat weltweit dramatische Folgen.

Zwischen „laufen lassen und Lockdown“ skizzierst du in deinem Buch eine Art dritten Weg. Hätte es diesen realistischerweise geben können?

Es wäre dringend notwendig gewesen, von Anfang an die Alten- und Pflegeheime sowie die Krankenhäuser zu schützen, weil dort die alten Menschen und chronisch Kranken und Schwerkranken in den Krankenhäusern und Heimen mit Hochinfizierten zusammengepflegt wurden. Es gab aber auch einige Alten- und Pflegeheime, in denen besonnene Ärztinnen und Ärzte Vorratslager für Masken und Schutzausrüstung angelegt hatten. Dort sind nur sehr wenige gestorben. Wir sprechen immer über die

Lockdown-Probleme in Deutschland. Viel drastischer sind diese zum Beispiel in Südafrika, wo die Townships mit brutaler Polizeigewalt abgesperrt wurden. Das war ein Pandemiebeschleuniger ersten Ranges. Der Grund war, dass es zwar Konzepte für eine National-Health-Insurance gab, aber keine Ressourcen für die besonders gefährdete Armutsbevölkerung. Das gilt auch für Indien und für Brasilien, auch sie Epizentren der Pandemie. Überall gab es

Es wäre trotz des Mangels an Schutzausrüstung möglich gewesen, radikal umzusteuern und die Produktion von Schutzkleidung, Schutzmasken und Mitteln der Basishygiene sofort massiv hochzufahren.

nur ein rudimentäres, skelettiertes öffentliches Gesundheitswesen. Und statt sofort eine basishygienische Infrastruktur aufzubauen, hat man einfach alle Armutsviertel abgesperrt. Meine These ist: Es wäre trotz des Mangels an Schutzausrüstung möglich gewesen, radikal umzusteuern und die Produktion von Schutzkleidung, Schutzmasken und Mitteln der Basishygiene sofort massiv hochzufahren. Stattdessen hat man sich weiter auf die internationalen Güterketten verlassen und dann kam es zu einem Wettlauf um die Importe dieser Güter.

An die Lockdown-Debatte schließt sich direkt die Frage nach der Impfpflicht an. Hältst du eine Impfpflicht für ein geeignetes Instrument, um durch diese Pandemie zu kommen?

Ich spreche nicht von Impfpflicht, sondern von Impfwang. Für die Betroffenen ist das Impfen ein Eingriff in die körperliche Integrität. Es ist eine Körperverletzung. Ich denke, jeder Mensch

hat das Recht, darüber zu entscheiden, ob er diesen Eingriff akzeptiert oder nicht. Dann kommt das Problem derer, die impfen sollen. Es gibt einen ethischen Grundsatz in der Medizin, der lautet informed consent: Der Patient und die Patientin muss zustimmen. Und für Mediziner:innen gilt das hypokratische Prinzip des *nil nocere*, keinen Schaden anzurichten.

Hinzu kommt die Tatsache, dass es keine globale Impfkampagne gegeben hat.

Dieser Impfnationalismus hat sich mittlerweile in einen rigorosen Impfimperialismus entwickelt. Eine Pandemie, die global verläuft, die global unberechenbar, nicht linear, wellenförmig verläuft, kann nur global mit Impfstoffen und Medikamenten angegangen werden. Wenn diese Impfstoffe aber nicht global gleichzeitig, simultan weltweit angewandt werden, werden die Virusvarianten immer wieder ausweichen können. Von daher ist es völlig absurd, einen Impfzwang zu verlangen, wo es sowieso nur noch darum geht, fünf bis maximal zehn Prozent der Bevölkerung zu impfen. Ich bin sehr bestürzt darüber, dass die Politik mit dem Impfzwang noch einmal einen strategischen Fehler macht. Die Folgen sind unabsehbar, die Effizienz ist minimal.

Steckt im Kern der Debatte um die Pandemiebekämpfung die Demokratiefrage?

Nach meinem Dafürhalten haben wir durchaus einen Vorlauf an demokratischen und sozialistischen Initiativen. Ich erinnere an die Gesundheitsbewegung Anfang der 1980er-Jahre, an die Arbeitsschutzkampagnen und die sozialen Kämpfe in Italien gegen die Zerstörung der arbeitenden Menschen in der Produktion, *Medicina Democratica* u.a. Es gab damals überall auf der Welt solche Ansätze und interessanterweise in einem Moment, in dem die Linke in eine sehr starke Krise geraten war. Wir brauchen ein Programm des „dritten Weges“, eine neue Gesundheitsbewegung, die alle Akteur:innen im

Gesundheitswesen zusammenbringt und gleichzeitig die legitimen Interessen der Bezieher:innen von Gesundheitsleistungen, der Kranken und Pflegebedürftigen einbezieht. Nötig ist ein Aktionsprogramm zur Rekommunalisierung des Gesundheitswesens. Das Ganze bräuchte auch die globale Ebene. Auch da haben wir einiges vorzuweisen. *medico international* und andere NGOs agieren global. Hier liegt das Wissen, wie eine demokratische Impfkampagne aussehen kann, längst vor. Dazu würde auch eine globale Initiative zur Beseitigung der durch das Kapital, die Pharmaindustrie, die Impfstoff- und Biotech-Konzerne bedingten Restriktionen des Gesundheitswesens gehören: also von Patent- und Urheberrechten sowie von privilegierten Know-how-Konzepten.

Bräuchte es nicht auch einen Bruch mit der kapitalistischen Logik, der über diese Reformen hinausginge?

Ich denke, der Bruch ist überfällig. Das Problem ist nur, dass wir Wege finden müssen, um die Menschen, die durch die deregulierten Überlebensstrukturen, die sich ständig verschärfenden Existenzkämpfe und ein Leben am Limit geprägt sind, abzuholen. Aber wenn wir den Bruch nicht denken und wenn Millionen Menschen den Bruch nicht für sich antizipieren können, dann kommen wir nicht weiter.

Interview: Steen Thorssen und Katja Maurer, Transkription: breakisolation.net

*Eine längere Fassung des Interviews gibt es in Folge 3 „Pandemie und Versagen“ des medico-Podcasts *Global Trouble* – zu hören auf Spotify, iTunes und überall, wo es Podcasts gibt.*

www.medico.de/podcast

Zu wenig, zu spät

Globale Impfgerechtigkeit? Bei den Verhandlungen über eine Aussetzung der Patente droht ein fauler Kompromiss

Von Anne Jung

Es ist über 500 Tage her, dass die Regierungen von Südafrika und Indien inmitten der sich ausbreitenden Covid-19-Pandemie einen von globalen Prinzipien geleiteten Antrag an die Welt handelsorganisation (WTO) zur vorübergehenden Aussetzung der Patente gestellt haben. Während mehr als 100 Länder vor allem aus dem Globalen Süden den Antrag unterstützten, verteidigte die Mehrheit der Industrienationen die Interessen der Wirtschaft gegen die gesundheitlichen Notwendigkeiten und lehnte den Antrag ab. Mittlerweile liegt ein Kompromissvorschlag vor, verhandelt von der EU, den USA, Indien und Südafrika. Spoiler: Das Ziel einer globalen Impfgerechtigkeit verfehlt er drastisch.

Zur Erinnerung: Gebraucht wird, so argumentieren Indien und Südafrika in ihrem ursprünglichen Antrag, eine global vereinbarte Verzichtserklärung („Waiver“) für Patente und andere Rechte des geistigen Eigentums auf Covid-19-Medizinprodukte. Diese soll gelten, bis die Pandemie überwunden ist. Verbunden mit einem Technologietransfer könnte so die Produktion massiv ausgeweitet werden, und dies zu viel geringeren Kosten als bisher. Der Waiver böte darüber hinaus Rechtssicherheit vor Klagen der Pharmaindustrie. Der nun vorgelegte „Kompromiss“ bestätigt im Wesentlichen die bisherigen Positionen der USA und der EU. Er ist in mehrfacher Hinsicht unzureichend. Zum einen soll er

nur für Impfstoffe gelten, nicht aber für Therapeutika und Diagnostika zur Identifikation und Behandlung von Covid-19-Erkrankungen. Gerade in Ländern, die bis heute nicht flächendeckend mit Impfstoffen versorgt sind, ist das ein riesiges Problem. Eine gezielte Teststrategie könnte gerade in Ländern, in denen fortgesetzte Lockdowns zu Verarmung und Hunger beitragen, helfen. Auch die neu entwickelten Medikamente zur Behandlung von Erkrankten müssen verfügbar und erschwinglich sein, um zu verhindern, dass Menschen sterben, weil sie kein Geld für die durch Patente überbewerteten Medikamente haben.

Der Kompromissvorschlag verkompliziert zweitens das bereits im TRIPS-Abkommen vorgesehene Verfahren zur Erteilung von Zwangslizenzen ohne Zustimmung der Patenhalter. Dabei wäre eine schnelle Ankurbelung der Produktion überlebensnotwendig, auch um weitere Mutationen zu verhindern. Bisher haben nur 14 Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen eine Impfdosis erhalten. Dort wurden zuletzt weniger Erstimpfungen verabreicht als in Ländern mit hohem Einkommen Auffrischungsimpfungen. Die Covid-Pandemie endet aber nicht, nur weil in Europa ausreichend Dosen vorhanden sind. Es ist gut, dass Moderna die Patente freiwillig aussetzt. Angesichts von 17 Milliarden USD, die in den

letzten Jahren aus öffentlichen Mitteln in den Konzern geflossen sind, sollte dies aber auch nicht als große Geste humanitären Handelns überinterpretiert werden.

Besonders bedenklich ist drittens der Vorschlag, demzufolge die Patentaussetzung nicht für alle Länder gleichermaßen gelten soll. Vielmehr soll sie auf sogenannte Entwicklungsländer beschränkt sein, die 2021 weniger als 10 Prozent der weltweiten Impfstoffdosen exportiert haben. Ein erheblicher Anteil der Impfdosen von AstraZeneca wurde in Indien produziert. Und hinsichtlich einer Ausweitung

Genau so hat strategische Befriedungspolitik im Interesse der Wirtschaft immer wieder funktioniert.

der Produktion und dem gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen wäre es unverantwortlich, Länder mit erheblichen Produktionskapazitäten wie China (hier wurden über 30 Prozent der globalen Exporte hergestellt) und Brasilien auszuschließen.

Im Umgang mit der Pandemie zeigen sich seit zwei Jahren die systemischen Rahmenbedingungen des politischen Arrangements neoliberaler Globalisierung. Um den Wissensvorsprung der Industrieländer unangetastet zu lassen, wird die Verlängerung der Pandemie mit Millionen Toten billigend in Kauf genommen und mit postkolonialer Rhetorik verschleiert. Jetzt sei die „Zeit der Heilung zwischen den beiden Kontinenten“, unterstrich Kommissionschefin Ursula von der Leyen während des EU-Afrika-Gipfels und klammerte einen Atemzug später die Aussetzung von Patenten

explizit von dem „Heilungsprozess“ aus. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa entgegnete: „Was uns aus der Pandemie herausführen wird, sollte als öffentliches Gut betrachtet werden. Wir wollen keine Brosamen von irgendjemandes Tisch erhalten.“

Nun werden die Länder des Südens mit einem Kompromiss, der keiner ist, in die Knie gezwungen. Verbesserungen scheinen kaum mehr möglich, weitere Verschlechterungen durchaus. Das Problem: Hat man einen Whisky einmal mit Wasser verdünnt, lässt sich das nicht mehr rückgängig machen. Der Öffentlichkeit aber wird ein gut gefülltes Glas präsentiert. Genau so hat strategische Befriedungspolitik im Interesse der Wirtschaft immer wieder funktioniert: Nachdem z.B. das Abkommen zum Verbot von Antipersonenminen unterzeichnet war, ließ sich die Ächtung von Antifahrzeugminen nicht mehr auf die politische Agenda setzen. Nach dem Kimberley-Prozess gegen Konfliktdiamanten galt das Problem als erledigt, obwohl es das Papier nicht wert war, auf dem es geschrieben wurde. Jetzt ist der letztmögliche Moment, um öffentlich deutlich zu machen, dass dieser „Kompromiss“ nicht annehmbar ist. Das Politische unserer Zeit muss auf dem Imperativ beruhen, die Welt gemeinsam zu rekonstruieren. Seinen Anspruch, Verteidigerin der Menschenrechte zu sein, kann Europa endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte werfen, wenn es nicht endlich beginnt, das Versprechen einer globalen und sozialen Ordnung mit gleichen Rechten für alle zu verwirklichen.



Anne Jung ist Abteilungsleiterin der Öffentlichkeitsarbeit und Referentin für Globale Gesundheit. Die Covid-Krise verlangt ihr die Beobachtung immer neuer Volten einer restriktiven Patentpolitik ab.

medico aktiv

Stoppt den Krieg Keinen Weizen bunkern

„Die Fehler der Pandemie dürfen sich im Ukrainekrieg nicht wiederholen“, forderte Anne Jung, die Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung von medico, in ihrer Rede auf der Großdemonstration am 13.3. in Frankfurt. „Wenn jetzt die reichen Länder die Weizenvorräte bunkern wie die Impfstoffe in der Pandemie, dann verlieren wir das Vertrauen der Welt und schaffen die Voraussetzungen für weitere Kriege.“ Unter dem Motto „Stoppt den Krieg in der Ukraine!“ hatte ein breites Bündnis aus mehr als 50 Organisationen zu Demonstrationen aufgerufen. Fünf deutsche Städte beteiligten sich, darunter auch Frankfurt. Tausende von Menschen forderten ein Ende der Gewalt und zeigten sich solidarisch mit der ukrainischen Bevölkerung. Zugleich verwiesen Vertreter:innen von Gewerkschaften und Kirchen in ihren Reden auf den Mut der Russ:innen, die gegen Putin aufbegehren, und auf die Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Deutschland. Anne Jung nutzte die Gelegenheit, um in ihrer Rede die globale Dimension von Krieg und Frieden aufzuzeigen: „Eine Friedenspolitik, die ihren Namen verdient, braucht nicht weniger als eine globale Umverteilung, für die ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden muss.“



Auf der Demonstration in Frankfurt.

www.medico.de/ukraine-rede



Am Stadtrand von Kobanê 2015.

Tagung: 10 Jahre Rojava Vom demokratischen Experiment zum Hoffnungsträger einer Region

Die Demokratiebewegung in Syrien 2011 setzte auch für die kurdische Minderheit im Norden des Landes etwas in Gang, das bis heute hält. Am 19. Juli 2012 zogen sich die Truppen des Assad-Regimes aus Kobanê zurück. Kurdische Kräfte übernahmen die Stadtverwaltung und stießen damit die Übernahme auch in anderen Teilen in der Region an. Trotz aller widrigen Umstände und Bedrohungen ist es ihnen in den folgenden Jahren gelungen, ein neues Gesellschaftsmodell zu verfolgen. Aus dem demokratischen Experiment, wie medico die Entwicklungen Rojavas lange beschrieb, ist inzwischen eine autonome Selbstverwaltung geworden, in der Minderheitenrechte, Gleichberechtigung und Demokratie das Handeln leiten. medico hat Rojava von Beginn an begleitet. Flüchtlingshilfe, Aufbau des Gesundheitssystems und Menschenrechtsarbeit sind bis heute zentraler Bestandteil der Arbeit von medico-Partner:innen vor Ort. Zehn Jahre nach der friedlichen Übernahme Kobanês ist es nun an der Zeit, gemeinsam mit alten und neuen Weggefährt:innen Bilanz zu ziehen, aber auch nach vorne zu blicken. Welche Zukunft hat das Modell Rojava in einer Region, die nicht zur Ruhe kommt? Wie muss unsere Solidarität heute aussehen? Wir laden ein zur Tagung „10 Jahre Rojava“ am 23./24. Juli im medico-Haus in Frankfurt.

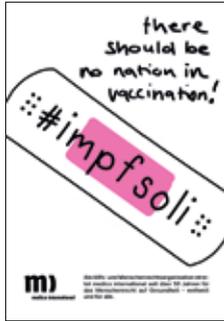
www.medico.de/rojava

Ungerechte Impfstoff- verteilung

medico auf dem Kongress Armut und
Gesundheit

„Der Weltgemeinschaft ist es egal, ob wir leben oder sterben.“ So klar bewertet Dr. Ayoade Alakija von der Africa Vaccine Delivery den ungleichen Zugang zu Impfstoffen, der nicht nur mit ökonomischen, sondern auch mit rassistischen Ausschlussmechanismen verwoben ist. Kein Zufall daher, dass „Black Lives Matter“ zum Motto der Demonstrationen in Südafrika für eine gerechte Impfstoffverteilung wurde. Die Covid-19-Pandemie hat die ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen auf brutale, tödliche Weise offengelegt. Der Großteil der Menschen weltweit hat bis heute keinen ausreichenden Zugang zu Impfstoffen. Die medico-Workshops des diesjährigen Kongresses Armut und Gesundheit, der Ende März online stattfindet, fragen nach Perspektiven einer Dekolonialisierung der globalen Gesundheitsarchitektur. Das reicht weit über die Impfstoffdebatte hinaus und nimmt den asymmetrischen Charakter des globalen Gesundheitswesens und seiner Verbindung zur kolonialen Vergangenheit und Gegenwart in den Blick. Auch die Fehlinterpretation schwacher Gesundheitssysteme als Ergebnis korrupter Regierungen wird thematisiert.

www.armut-und-gesundheit.de



1



2



3



4



5



6



7



8

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:

www.medico.de/material

1 Flyer und Plakat zur Kampagne #impfsoli Informationen zur Spendenkampagne. Den Schutz der Impfung kannst du nicht teilen, Solidarität mit denen, die keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, geschweige denn zu Impfstoffen haben, schon. Flyer im Postkartenformat und DIN A2-Plakat.

2 Das Recht, nicht gehen zu müssen – (30 S.) Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – (28 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

4 Globale Gesundheit – 16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

5 medico-rundschreiben 04/21 – (60 S.) Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

6 medico-Jahresbericht 2020 – (48 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

7 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

8 Europa ist Exportweltmeister– 12-seitige aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ich bestelle:

- _____ Flyer #impfsoli
 _____ DIN A2-Plakat #impfsoli
 _____ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen
 _____ Broschüre: Globale Gesundheit
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ medico-rundschreiben 04/21
 _____ medico-Jahresbericht 2020
 _____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen
 _____ Broschüre Exportweltmeister

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 oder faxen an [069] 43 60 02

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. Über 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC GENODEM1GLS



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden
Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: (069) 944 38-0, E-Mail: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
E-Mail: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
E-Mail: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! Im Netz können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle Debatten ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über Aktuelles und Kampagnen, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser neuer **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung! Alle Optionen gibt es unter medico.de/verbinden oder hier:





medico international